

aus Deutschland



Stipendien-Aufenthalt in Myanmar

vom 9. Oktober bis zum 21. November 2015

„De-mo-krä-si“

Myanmar hat gewählt

Von Caroline Lindekamp

Myanmar, vom 9. Oktober bis zum 21. November 2015



Inhalt

1. Zur Person	319
2. ANFLUG	319
3. Der Hintergrund: Eine politische Prinzessin und ein Blick in die Zukunft	320
4. Mikrokredite: Kleines Geld für große Träume – oder: Das Geschäft mit den Armen	324
5. Die Beobachter: Von Aktivismus zu Journalismus	333
6. Mittelstand: Dringend gesucht: Startkapital und Personal	337
7. DIE POLITIKER: Wahlkampf per Seilzug	344
8. Megaprojekt Dawei: Auf der Straße der Träume	347
9. Das Ergebnis: Eine gute Nachricht in der Auslandsberichterstattung	352
10. Abflug: Im Schlingerkurs	354

1. Zur Person

Vom Niederrhein nach Südostasien: Angefangen hat die Schreiberei für mich ganz klassisch in einer Lokalredaktion und ging ebenso klassisch weiter über einige Praktika, freie Mitarbeit, Volontariat und Journalistik-Diplom. Studium wie Journalismus lieferten schon oft Anlässe für Aufenthalte im Ausland.

Myanmar war meine erste Recherchereise in Asien – zu einem unglaublich spannenden Zeitpunkt. Das fanden auch viele andere Journalisten, und an dem Wahlwochenende Anfang November 2015 wimmelte es in Yangon von uns. Ich danke der Heinz-Kühn-Stiftung und Ute Maria Kilian, dass ich zu den wenigen gehörte, die an dem Sonntag keinen Deadlines hinterhereilen mussten, und zudem nicht nur ein paar Tage, sondern gleich einige Wochen vor und nach dem Urnengang im Land recherchieren konnten.

2. ANFLUG

„De-mo-krä-si“

Die junge Frau streckt die aufeinandergelegten, gewölbten Hände gen Himmel und ihre Lippen bewegen sich im stillen Zwiegespräch. Als sich mit ihren Augen die Finger öffnen, entwischt ein Kanarienvogel mit raschen Flügelschlägen. Ein erwartungsvoller Blick folgt dem kleinen Tier und mit einem leichten Seufzer lässt die Burmesin ihre Schultern sinken. Glücksvögel heißen in Myanmar die gefiederten Symbole der Hoffnung, die oft vor Tempeln oder an geschäftigen Plätzen in Körben zu vielen auf einen Retter warten. Wer ein paar Kyat der lokalen Währung bezahlt, darf einen Glücksvogel in die Freiheit zurückentlassen – und dafür in einer ausweglosen Lebenslage selbst auf einen Retter hoffen, so der Aberglaube. Die zuversichtliche Szene lässt den Trubel in Yangons Innenstadt für einen Moment vergessen.

An der mächtigen goldenen Sule Pagode, an deren Eingängen alltäglich ein paar Frauen mit den Vögel-Körben warten, treffen zwei Hauptstraßen aufeinander und reduzieren den heiligen Bau auf den Mittelpunkt eines mehrspurigen Kreisverkehrs. Auf der Querstraße bremst ein kleiner Parteiumzug im Schritttempo die anderen Fahrzeuge aus: Von dem Dach eines rot-dekorierten Lasters schwenken die Anhänger ihre Fahnen oder klatschen im eingängigen Takt der Parteimusik, die aus den Lautsprechern scheppert. Andere folgen zu Fuß und verteilen Flyer an Passanten. „De-mo-krä-si“ ruft ein Mann der Ausländerin zu und drückt mit heftigem Kopfnicken seine Zustimmung für ein neues politisches System aus. Er spricht kaum Englisch,

aber bei dem Thema ist das erst mal egal, denn die Landessprache hat kein eigenes Wort für Demokratie und stattdessen die englische Vokabel adaptiert. Jedes Mal wenn „De-mo-krä-si“ zwischen burmesischen Wörtern erklingt, erinnert es daran, wie wenig vertraut den Menschen in Myanmar das Konzept hinter dem Begriff ist. Nach den Jahrzehnten der Militärdiktatur, soll die historische Wahl am 8. November 2015 die erste weitgehend freie Stimmabgabe werden. Sie gilt als die Feuerprobe für eine Nation auf dem erklärten Weg zur Demokratie.

Die Militärjunta hat den Öffnungsprozess unter den drängenden Folgen jahrzehntelanger politischer Isolation und wirtschaftlicher Stagnation 2011 offiziell eingeleitet und sich ein ziviles Gewand gegeben. Seitdem ist Wandel die Konstante im Land, und es mischen sich Furcht und Hoffnung, ob der Wahlverlauf diesen weiter befeuern oder doch ausbremsen wird. Motor für die gesellschaftspolitische Entwicklung ist auch die Wirtschaft. Sie strebt nach internationalen Geldern und muss gleichzeitig im Fluss der Zuwendungen den eigenen Weg finden – eine Herausforderung, die sich auf verschiedenen Ebenen zeigt: bei den Ärmsten, denen Mikrokredite eine neue Existenz ermöglichen sollen, bei mittelständischen Unternehmen, denen Export endlich mehr Umsatz bringen soll, bei einem Megaprojekt, das die Handelsrouten in Südostasien aufmischen und das lange abgeschottete Myanmar in deren Zentrum platzieren soll.

In Yangon, der ehemaligen Hauptstadt und dem ständigen Zentrum des Landes, laufen die Fäden zusammen, und so gehen auch Reportagereise und Reisereportage immer wieder in die Metropole.

3. Der Hintergrund: Eine politische Prinzessin und ein Blick in die Zukunft

Tropisches Monsunklima mit Temperaturen über 30 Grad: In Yangons Innenstadt scheint die Luft in der drückend schwülen Mittagshitze stillzustehen. Einzig sechs Etagen höher auf der Spitze des Rathauses in direkter Nachbarschaft zu der goldenen Sule Pagode bringt ein leichter Wind die einsame Nationalflagge in wellende Bewegung. Nur wenige Burmesen identifizieren sich mit der Fahne, für viele symbolisiert sie weniger ihre Nation als vielmehr das ungewollte Militärregime.

Wenige Wochen vor den letzten Parlamentswahlen 2010 hatte die Regierung schnell noch ein paar oberflächliche Reformen und Neuerungen durchgedrückt, um sich ein demokratisches Facelift zu verpassen. Dazu gehörten etwa eine neue Nationalhymne und -flagge. Letztere flatterte am 21. Oktober 2010 ohne weitere Ankündigung plötzlich über den offiziellen Gebäu-

den. Kurz darauf kam die Anordnung, alle ehemaligen Flaggen zu verbrennen. Die 14 Sterne auf der Vorgängerversion symbolisierten die 14 Staaten und Divisionen im Land und vereinten sich auf der neuen zu einem großen Stern hinterlegt von drei horizontalen Streifen in Gelb, Grün und Rot. Die Exil-Zeitung Irrawaddy kritisierte damals: Statt auf solche Oberflächlichkeiten solle die Regierung lieber alle Mühen auf wahre Reformen und die neue Verfassung verwenden.

Die Änderungen entpuppten sich tatsächlich vor allem als Schönfärberei: Die Oppositionspartei von Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, Nationalliga für Demokratie (NLD), boykottierte die Wahlen 2010 wegen massiver Fälschungen und so konnte die militärnahe Solidaritäts- und Entwicklungspartei (USDP) haushoch gewinnen. Bei den Nachwahlen 2012, die gemeinhin als fairer galten, überzeugte hingegen die NLD. Bei der Parlamentswahl im November 2015 geht sie wieder als Favoritin ins Rennen, und die Ikone der Widerstandsbewegung Aung San Suu Kyi soll sie zum Sieg führen.

Im ganzen Land herrscht ein regelrechter Personenkult um die mittlerweile 70-jährige Politikerin von frappierend jugendlicher Erscheinung. Für Ausländer ist ihre Villa in Yangon in den meisten Reiseführern als Anziehungspunkt erwähnt. Doch die Touristen, die sich tatsächlich auf den Weg in das Villenviertel machen, werden meist enttäuscht: Hohe Mauern und Hecken schirmen das Anwesen weiträumig ab, in dem die Politikerin insgesamt 15 Jahre unter Hausarrest verbrachte. Während der Zeit wurde ihrem Mann aus England kein Besuchsrecht eingeräumt, selbst als er vor seinem Tod schwerkrank von ihr Abschied nehmen wollte. Den Friedensnobelpreis durfte sie 1991 nicht persönlich entgegennehmen. Mit jedem Rückschlag und jeder Entbehrung richtete sich die Oppositionsbewegung mehr auf Aung San Suu Kyi aus. Im Dunkel von Unterdrückung und Repression erstrahlte sie zunehmend als Ikone – Politik als Hoffnung, wie bei Südafrikas Nelson Mandela oder dem Dichterpräsidenten Václav Havel.

Zudem ist sie eine politische Prinzessin: Ihr Vater, General Aung San, gilt als Begründer der nationalen Unabhängigkeit. Er kämpfte gegen die britische Kolonialmacht und handelte entscheidende Verträge auf dem Weg zur Unabhängigkeit am 4. Januar 1948 aus. Der General selbst erlebte diesen Tag nicht, denn bei einer Kabinettsitzung in Yangon war er etwa ein halbes Jahr zuvor erschossen worden.

Seine Tochter rebelliert bis heute gegen die Übermacht des Militärs im Land, das sich auch im fortschreitenden Öffnungsprozess eine privilegierte Rolle gesichert hat – selbst im Falle einer absoluten Mehrheit der oppositionellen NLD. Laut Verfassung sind dem Militär zentrale Regierungsposten und ein Viertel der Sitze im Parlament vorbehalten. Um trotz dieser 25 Prozent die Mehrheit im Abgeordnetenhaus zu stellen, müssen minde-

stens 67 Prozent der Wähler ihren Stempel für die Opposition setzen. Diese Zwei-Drittel-Hürde muss die NLD nehmen, damit weder Militär noch eine andere Partei einen Präsidenten aus den eigenen Reihen verhindern können.

Die Präsidentschaft von Aung San Suu Kyi selbst verhindert die Verfassung allerdings ebenfalls. Nachdem 1990 der NLD-Sieg einfach nicht anerkannt wurde, fand das Regime 2008 ein anderes Hintertürchen und schneiderte eine Verfassungsklausel auf die ewige Oppositionelle zu: Wer ausländische Familienmitglieder hat, dem bleibt das höchste Staatsamt verwehrt. Aung San Suu Kys verstorbener Ehemann Michael Aris war Brite und ihre beiden Söhne haben ebenfalls einen britischen Pass. Im Wahlkampf tritt sie trotzdem wie die Spitzenkandidatin auf. Bei ihren Kundgebungen herrscht Volksfeststimmung, und wie dem Gesang eines Popstars folgen zehntausende Anhänger ihren Reden. Wenn die Lady abreist, gleitet ihr Wagen mit geöffnetem Deck durch die rote Menge, und sie grüßt wie der Papst am Ende einer Messe aus seinem Papa Mobil ihre Anbeter.

In dem letzten großen Interview vor der Wahl machte Aung San Suu Kyi deutlich, dass sie im Falle eines Sieges trotz Verfassungsklausel immerhin indirekt Zugang zum Präsidentenamt hätte: „Wenn die NLD die neue Regierung stellen wird, werde ich diese Regierung anführen – egal, ob ich Präsident bin oder nicht. Ich stehe über der Partei und damit auch über einem möglichen NLD-Präsidenten.“ Mit anderen Worten: Dieser wäre ihre Marionette. Informationen, wer das Amt unter Umständen besetzen könnte, oder Details, wie die Parteichefin den oft versprochenen Wandel mit Reformen, Gesetzesnovellen oder Investitionen gestalten möchte, blieb sie in dem Interview mit India Today TV wieder einmal schuldig. „Wir wären nicht eine Partei wie die NLD, wenn wir keinen Plan hätten“, wies sie Nachfragen zurück. Autoritäre Strukturen in den eigenen Reihen und mangelnde Transparenz – zugespitzt Gegensätze zu der demokratischen Idee, für die Aung San Suu Kyi doch als Symbolfigur gilt. Dennoch folgen ihren Versprechungen auf einen gerechten Wandel viele Wähler – wie viele genau, muss der Urnengang zeigen. Ihre Partei geht als klarer Favorit in die Abstimmung, doch die Frage, ob sie die Zwei-Drittel-Hürde schaffe, ist heiß diskutiert. Zeitungen mit wegweisenden Titeln wie „New Light of Myanmar“ oder „Democracy“ zeigen tagtäglich reihenweise ihr Bild auf der ersten Seite.

Systematische, repräsentative Umfragen und Hochrechnungen wie sie in vielen etablierten Demokratien den Wahlkampf begleiten und oft beeinflussen, gibt es in Myanmar nicht. Auch auf eine astrologische Prognose will sich einer der Wahrsager rund um die Sule Pagode im Zentrum Myanmars nicht einlassen. Kaw Thun deutet auf ein Poster hinter ihm an der Wand: Auf einer skizzierten Handfläche überschneiden sich bunte Linien und Punkte zu einer Landkarte. Durch Handlesen könne er aber immerhin der Auslän-

derin ihren Weg in der Zukunft aufzeigen und lässt sich für die „bedeutenden Details“ auf umgerechnet gut drei Euro runterhandeln.

Ohne weiteres Vorgespräch vertieft sich der Wahrsager dritter Generation in die Falten auf den ausgestreckten Händen. Die offenbaren ihm einen Umzug im kommenden Jahr und eine große Herausforderung, deren Bewältigung beruflichen Aufstieg verspricht. „Sie werden im Bereich Kommunikation arbeiten“, vermutet er – ob nun wegen Kamera und Notizblock oder der Lebenslinie. Seine ausschweifenden Erzählungen gehen weiter und die Ankündigung einer Krankheit ist die negative Komponente, die zwischen rosigem Aussichten Glaubwürdigkeit suggeriert. Eine geschiedene erste Ehe, bereitet den Weg für eine glückliche zweite mit einem Minister oder einem General, kündigt der Wahrsager an und projiziert damit unbewusst die Regierungssituation in Myanmar auf ein ihm fremdes Land. In seiner Heimat sind viele Ministerposten mit Militärs besetzt; auch der amtierende Staatspräsident Thein Sein hat für die Politik seine Uniform an den Nagel gehängt.

Thein Sein und andere Offizielle sollen übrigens einen Faible für Zukunftsdeuter haben, und diese den Gerüchten zufolge bei wichtigen Entscheidungen regelmäßig als Berater hinzuziehen – beispielsweise 2010 bei der Gestaltung der neuen Nationalflagge. Sie sei sehr wahrscheinlich das Resultat einer astrologischen Beratung, mutmaßte ein Professor in der Exilzeitung Irrawaddy.

Während die Regierung bei der neuen Nationalflagge Raum für solche Spekulationen ließ, lieferte sie für die 1989 geänderte Staatsbezeichnung eine bessere Begründung: Myanmar oder Burma – das Land ist unter zweierlei Namen geläufig und das sorgt bei Ausländern nicht selten für Verwirrung. Zur Erklärung: Seit 1989 ist der offizielle Name Republic of the Union of Myanmar, oder eben kurz: Myanmar. Genaugenommen war es keine Um-, sondern vielmehr eine Rückbenennung, denn die Bezeichnung tauchte schon im 12. Jahrhundert auf; ist also älter als der vielen geläufigere Begriff Burma. Letzterer geht auf die ethnische Mehrheitsgruppe der Bama und die englische Begrifflichkeit aus Kolonialzeiten unter britischer Führung zurück. Doch nun wolle man einen Landesnamen, der die anderen ethnischen Gruppen nicht ausschließt, so damals die offizielle Begründung der Regierung.

Eigentlich ein begrüßenswertes Statement, doch mit den gewaltsam beendet Demonstrationen von 1988 und dem Hausarrest von Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi bekam es einen düsteren Kontext und viele Staaten weigerten sich, die Umtaufe zu akzeptieren. Mit dem eingeleiteten Öffnungsprozess wird die offizielle Namensgebung zunehmend international anerkannt und es herrscht Verwirrung, ob Burma oder Myanmar angebrachter sei. Barack Obama konnte sich für seinen Staatsbesuch im November

2012 offensichtlich nicht entscheiden und benutzte einfach beide Begriffe abwechselnd. Der Kompromiss des US-Präsidenten ist übrigens für eine ganze Liste geänderter Bezeichnungen anwendbar – prominente Beispiele: Die größte Stadt des Landes soll nicht mehr Rangoon (englisch) bzw. Rangun (deutsch), sondern Yangon heißen, das berühmte Tempeltal Bagan statt Pagan und der größte Fluss des Landes fließt demnach unter dem Namen Ayeyarwady statt Irrawaddy.

Eine Wortschöpfung für „De-mo-krä-si“ hat die Landesführung nicht beschlossen. Vielleicht wäre das eine Aufgabe für eine freigewählte Regierung.

4. Mikrokredite: Kleines Geld für große Träume – oder: Das Geschäft mit den Armen

Über die Landstraße in der Ayeyarwady-Region, nur gut zwei Autostunden von Yangon entfernt, zieht ein Corso aus grün dekorierten Fahrzeugen. Motorroller, große Lastwagen, kleinere Laster, Familienautos und Ochsenkarren haben die Anhänger in den Farben der Regierungspartei Union für Solidarität und Entwicklung (Union Solidarity and Development Party, USDP) gekleidet, wie sie sich selbst grüne T-Shirts und Stirnbänder übergezogen haben. Der Tumult ist derselbe wie einige Tage zuvor in Rot, der Farbe der oppositionellen NLD, an der Sule Pagode in Yangon: Flyer, Winken, Fahnen, laute Musik und Anfeuerungsrufe aus einem Megafon. Allerdings eilt den Umzügen und Kundgebungen der Regierungspartei der Ruf voraus, diese bezahle ihre vermeintlichen Anhänger mit einer Mahlzeit oder etwas Bargeld, um bei ihren Veranstaltungen Masse zu präsentieren und so Rückhalt in der Bevölkerung vorzutäuschen. An diesem letzten Tag, an dem Wahlkampf erlaubt ist, scheint die Partei noch mal alle Reserven mobilisieren zu wollen, und so will der Parteiumzug auf der Gegenfahrbahn nicht enden.

In die andere Richtung, weg von der lautstarken Politikpropaganda, fällt der Blick auf noch mehr Grün: Kurz nach der Regenzeit ragen die unzähligen Halme auf den Reisfeldern schnurgerade gen Himmel. Die Ernte ist in vollem Gang, und erst hier jenseits der Stadtgrenzen füllen Bilder die Statistiken mit Leben. Die Landwirtschaft ist ein zentraler Wirtschaftssektor in Myanmar: Der Anteil des Agrarsektors am Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt laut dem deutschen Auswärtigen Amt bei rund 43 Prozent, und über 60 Prozent der Bevölkerung bestreitet so ihren Lebensunterhalt. Frauen und Männer stehen gebückt in den Feldern und großkrepelige Hüte aus Stroh oder Bananenblättern werfen schützend ihre Schatten auf die Gesichter. Reis

zählt weltweit zu den wichtigsten Getreidearten. In Myanmar, wo laut UN etwa 27 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben, ist er wie in vielen anderen Ländern das Grundnahrungsmittel Nummer 1 und gleichzeitig Exportschlager. Schätzungen der Myanmar Rice Federation zufolge werden im Geschäftsjahr 2015/16 zwei Millionen Tonnen der weißen Körner über die Landesgrenzen gehen. Ein beachtlicher Anteil davon dürfte genau von den Feldern kommen, an denen die USDP am letzten Wahlkampf-tag vorbeizieht. Die Ayeyarwady-Region gilt als Reiskammer Myanmars, denn in dem mächtigen Delta sind die Anbaubedingungen ideal.

Das Delta ist auch die Vorzeige-Region für PACT, eine US-amerikanische Nicht-Regierungsorganisation (NGO), die sich in Myanmar vor allem auf den Mikrofinanzsektor konzentriert. Sie war dort einer der ersten Akteure in dem Bereich, ist nach wie vor der größte, mittlerweile aber einer neben vielen. Im Reformwahn nach dem Ende der Militärdiktatur verpasste die Regierung der Mikrofinanz eine gesetzliche Regulierung und erklärte sie gleichzeitig zu einem expliziten Mittel der Armutsbekämpfung. Doch genau diese Zielsetzung droht auf einem zunehmend kompetitiven Markt verloren zu gehen, wie die Entwicklungen der Branche in anderen Ländern schon gezeigt haben. Zwischen Wohltätigkeit und Kommerz steht das Konzept in Myanmar einmal mehr als entwicklungspolitisches Mittel der Wahl in Frage.

Die 34-jährige Thidar Soe ist PACT-Schuldnerin und stellt sich mit gestrecktem Rücken und erhobenem Kinn im Bug eines schmalen Fischerboots für ein Foto auf. Sie hält ihren Säugling auf dem Arm, während ihr Mann im Hintergrund ein Fischernetz zusammenlegt. Das Boot bedeutet für die kleine Familie die Lebensgrundlage, denn der Fischfang spült das Geld in die Haushaltskasse. „Es ist mittlerweile 600.000 Kyat (etwa 425 Euro) wert“, erklärt die Frau stolz und listet auf, wie sie in neue Netze und sogar einen Motor investierte. Das Geld bekam sie von PACT in Form sogenannter Mikrokredite. „Wir machen dank der Investitionen jetzt mehr Gewinn. Wir konnten davon den Kredit zurückzahlen und auch schon unser Haus renovieren“, sagt Thidar Soe. Die Szene ist sinnbildlich für das Mikrofinanzkonzept, demnach ein kleiner Kredit eine Frau stärkt. Er ist ihre Hilfe zur Selbsthilfe, das Startkapital für eine einkommensschaffende Tätigkeit und schließlich der Ausweg aus der Armut. Machtvolle Narrative wie diese erzählen eine Erfolgsgeschichte der Mikrofinanz – und täuschen gleichzeitig über ihre Schwächen hinweg.

Muhammad Yunus hat in seiner Heimat Bangladesch in direkter Nachbarschaft zu Myanmar in den 1970er Jahren das Konzept erfunden. Als er dafür im Jahr 2006 den Friedensnobelpreis erhielt, erzählte er die Aufstiegs-geschichte einer verarmten Mutter ähnlich der von Thidar Soe. „Dauerhafter

Frieden kann nur erreicht werden, wenn große Bevölkerungsgruppen Wege finden, um aus der Armut auszubrechen. Mikrokredite sind ein Mittel dazu“, lobte das Friedensnobelpreiskomitee damals in Oslo das Konzept des charismatischen Bangladeschi. „Früher war es unvorstellbar, Kredite an Menschen ohne finanzielle Sicherheit zu vergeben. Doch Yunus und seine Bank haben gezeigt, dass selbst die Ärmsten der Armen etwas dafür tun können voranzukommen.“ Zum Zeitpunkt der Preisverleihung boomte der Mikrofinanzsektor bereits weltweit und genoss den Ruf einer entwicklungspolitischen Wunderwaffe. Bis heute arbeiten Mikrofinanzinstitute (MFI) in zahlreichen Entwicklungsländern mehr oder weniger nach dem Modell von Yunus und seiner Grameen-Bank. Diesem zufolge gehen zweckgebundene Kredite über umgerechnet nur zwei- bis dreistellige Eurobeträge an arme Menschen, überwiegend Frauen, im globalen Süden, die keinen Zugang zum Kapitalmarkt haben. Diese bauen sich mit dem Geld eine Existenz als Kleinstgewerbetreibende auf, verbessern so ihr Einkommen und können den Kredit inklusive Zinsen ratenweise zurückzahlen.

Das alles trifft so auch mehr oder weniger auf PACT zu. Schon lange bevor die Generäle 2011 der Regierung ein ziviles Gewand und der Mikrofinanz ihren gesetzlichen Rahmen gaben, war die NGO in Myanmar präsent. Insgesamt drei internationalen Organisationen hatte die UNDP 1997 unterschiedliche Landesgebiete zugeteilt, in denen diese Mikrokredite jeweils nach unterschiedlichem Modell vergaben. In einer Evaluation einige Jahre später überzeugte PACT im Vergleich zu den beiden anderen NGO und wurde damit zum Vorreiter des Sektors in Myanmar. Die französische GRET schied in dem Verfahren aus, ist aber längst wieder am Markt und erzählte im Interview, wie sie die Armut im nördlichen Kachin-Staat an der Grenze zu Indien mit Mikrokrediten reduzieren will. Es ist der ärmste Staat des Landes, und zwischen der atemberaubenden Mischung aus schneebedeckten Berggipfeln und dschungelbewachsenen Flussniederungen gilt er als der am schwersten zugängliche.

Auf der großen Landkarte im Büro von Jason Meikle ist der Kachin-Staat nicht markiert, dafür ist die Ayeyarwady-Region neben anderen eine blaube-malte Fläche. Der Leiter des PACT-Programms blickt von seinem Schreibtischstuhl in einem Hochhaus in Yangon auf die Karte hinter dem Besucherstuhl. Farblich markiert hat er die Gebiete, in denen er und sein Team Geld unter die Armen bringen. Rund 650.000 Kunden, davon 98 Prozent Frauen, in 58 Townships, liefert Meikle die Zahlen zum Poster an der ihm gegenüberliegenden Wand. Die zuständige Behörde im Finanzministerium kennt die Zahlen für den gesamten Sektor (Stand August 2015): 1.454.132 Schuldner in 215 Townships.

Jason Meikle ist einer der nur drei Ausländer, die für PACT in Myanmar

arbeiten. Die übrigen der rund 3.000 Angestellten sind Einheimische – wie auch Kyaw Moe Hein, der für die Delta-Region und damit neben 26.000 anderen auch für Thidar Soe zuständig ist. „Der beste Teil meines Jobs sind die Besuche vor Ort“, sagt Kyaw Moe Hein, als er in Thet Kal Chaung, einem Dorf in seinem Bezirk, aus dem Auto steigt. „Hier sehe ich, wie das Geld bei den Menschen ankommt und ihr Leben verbessert. Das ist es, was mich motiviert.“

Im Gemeindezentrum erwarten ihn bereits die Frauen, brav aufgereiht wie eine Schulklasse vor ihrem Lieblingslehrer. Kyaw Moe Hein steht vor 13 Reihen von je fünf Frauen, also vor 13 Selbsthilfegruppen. Die Schuldnerinnen – oder Kundinnen, wie PACT sie nennt – organisieren sich in den Kleinstgruppen mit je einer Sprecherin, um sich gegenseitig zu kontrollieren und im Zweifelsfall füreinander einzustehen. Das entspricht Yunus' Modell, das auf die positive Dynamik der Gruppensolidarität setzt. Im Durchschnitt verleiht PACT umgerechnet rund 100 Euro, die mit Zinsen von 2,5 Prozent im Monat bzw. 30 Prozent im Jahr degressiv abgeschrieben werden. Auch das entspricht etwa dem weltweiten Branchendurchschnitt, nach dem MFI 27 Prozent Zinsen erheben. Viele Mikroschuldnerinnen belassen es zudem nicht bei einem Kredit und nehmen weitere auf – so wie in Thet Kal Chaung.

Wie die Frauen dort das Geld nutzen, möchten sie in der Gemeindehalle gleich alle erzählen, und konform mit dem Vergleich zu der braven Schulklasse recken sie je ihren rechten Arm bis zum Zeigefinger gestreckt in die Höhe. „Ich heiße Daw Aye Thein und bin 52 Jahre alt“, sagt eine der Frauen in den hinteren Reihen, die sich für ihren kleinen Vortrag erhoben hat und mit gefalteten Händen aufrecht aus der sitzenden Masse aufragt. Sie verkaufte Sandalen, schon bevor PACT in ihr Dorf kam. Zusammen mit eigenen Ersparnissen reichte der erste Kredit für ein Motorrad, das ihr Mann als Taxi nutzte. Den zweiten Kredit investierte sie in eine Sau, und die Schweinezucht wurde zur dritten Einkommensquelle der fünfköpfigen Familie. Der dritte Kredit reichte schließlich für einige Enten und ein besseres Motorrad, mit dem die ständigen Reparaturkosten entfallen und ihr Mann mehr Geld verdient. „Ich war anfangs skeptisch, ob ich die Schuldlast wirklich auf mich nehmen soll. Aber heute weiß ich, dass ich die richtige Entscheidung getroffen habe, denn die ganze Familie hat profitiert“, sagt Daw Aye Thein. „Unser Sohn hatte Probleme in der Schule. Mit Privatstunden hat er die Aufnahmeprüfung fürs Gymnasium endlich geschafft. Ohne den Kredit hätten wir uns die nie leisten können.“ Weitere Frauen erheben sich und erzählen in gleicher Manier ihre kleinen Aufstiegsgeschichten: wie sie ihren Gemüseladen aufbesserten, sich Vieh anschafften, einen Friseur-Salon aufzogen, ein Motorrad-Taxi oder Boot kauften.

Bei einem Spaziergang durch das kleine Thet Kal Chaung werden die Erzählungen zu Bildergeschichten: Hohe Palmen werfen Schatten auf festgetretene Sandwege, die vorbeiführen an bambusumzäunten Grundstücken – Schrebergarten-Idylle mit tropischem Flair. Hühner picken neben Hütten aus Holz und Reetdach. Über eine Terrasse geht es in den Laden von PACT-Kundin Daw Aye Thein, die längst mehr als Sandalen verkauft: Ein Schöpfkelle ragt aus einem geöffneten Reissack. Kräuter, Zwiebeln und Gemüse liegen neben Eiern auf einer Auslage, und wie bunte Girlanden hängen kleine Kekspackungen an Schnüren aufgereiht von der Decke herab. Ihr Mann sei leider mit dem Motorrad unterwegs, sagt die Frau und will noch die dicke Sau wie zum Beleg ihrer glücklichen Investitionen zeigen.

Seit über vier Jahren ist PACT in dem Dorf aktiv und jeder einzelne Kredit führte zum Erfolg – das suggerieren zumindest die Zahlen. „Die Rückzahlungsquote liegt hier bei 100 Prozent“, zitiert Kyaw Moe Hein die Statistik. In dieser vermerkt die NGO für ihr gesamtes Einsatzgebiet in Myanmar eine Rückzahlungsquote von 99,45 Prozent, das heißt, nur weniger als 1 Prozent aller PACT-Schuldnerinnen schaffte es nicht, ausreichend Geld für Kredit- und Zinstilgung zu erwirtschaften. Diese Zahlen sind die typischen Maßstäbe der Mikrofinanzakteure. Doch sie messen den Erfolg nicht an der sozialen Realität, werfen Kritiker ihnen vor.

Hinter den Statistiken stehen persönliche Geschichten und längst nicht alle enden glücklich wie die der Burmesinnen Thidar Soe und Daw Aye Thein. Viele tragische Schicksale brachte 2009 die Mikrofinanzkrise in Indien, in direkter Nachbarschaft zu Myanmar, an die Öffentlichkeit: Das Land wurde geflutet von Mikrofinanzinstituten, die oft privatwirtschaftlich und nicht wie PACT und Yunus‘ Grameen-Bank mit entwicklungspolitischer Motivation arbeiteten. Der damals größte Mikrokredit-Markt der Welt zeigte negative Auswüchse ähnlich dem amerikanischen Subprime-Markt vor dessen Zusammenbruch. Den später bankrotten US-Hausbesitzern wurden Hypotheken im Wert von 120 Prozent ihres Eigentums eingeräumt; in Indien bekamen die Armen Mikrokredite im Wert von 150 Prozent ihrer Besitztümer und das zu horrenden Zinssätzen von bis zu 100 Prozent. Immer neue kommerzielle Geldgeber drückten immer mehr Mikrokredite in den indischen Markt. Schuldner machten neue Schulden, nur um die alten abzubezahlen, und gerieten in eine aussichtslose Spirale. Familienmitglieder und Freunde, die gebürgt hatten, rissen sie mit in den Abgrund. Mancherorts kam es Medienberichten zufolge zu regelrechten Selbstmordepidemien, etwa im indischen Bundesstaat Andhra Pradesh, wo viele Frauen Suizid als einzigen Ausweg aus der Schuldenfalle sahen. Was Yunus als Solidarität dachte, entpuppte sich für sie als unerträglicher Gruppenzwang.

„Ich glaube an das Konzept“, sagt PACT-Leiter Meikle, dem die Kritik

nicht neu ist. „Es sind die schwarzen Schafe, die es in Verruf bringen, wenn sie ihre kommerziellen Interessen vor die ihrer Kunden stellen.“ Die tragischen Geschichten aus Indien erscheinen bei dem Rundgang durch das burmesische Thet Kal Chaung tatsächlich als ferne Schwarzmalerei. Gemeinsam haben die Schuldnerinnen mit denen in Indien aber den Wunsch, an den Umbrüchen in ihrem jeweiligen Heimatland teilzuhaben. Allgemeiner Wandel soll sich auch in persönlichen Wohlstand übersetzen – und einen Mikrokredit versprach man ihnen als ersten Schritt dahin. „Mikrofinanz basiert auf der Annahme, dass es armen Menschen nicht an unternehmerischen Fähigkeiten, Wohlstand oder öffentlicher Versorgung mangelt, sondern am Zugang zu Kapital. Armut wird damit als reines Finanzmarktproblem interpretiert“, so der Ökonom Philip Mader in seiner Promotion zu dem Thema. „Man könnte sogar den Eindruck gewinnen, das Konzept gehe reihenweise auf – jedenfalls wenn man sich die vielen Erfolgsgeschichten auf den Webseiten und in den Prospekten der Geldgeberfonds durchliest.“ Tatsächlich gelinge aber nur einer kleinen Minderheit der weltweit über 200 Millionen Mikroschuldner der Durchbruch.

PACT-Bezirksmanager Kyaw Moe Hein verzichtet auf schönende Prospekte und macht sich stattdessen auf den Weg in die größte Stadt seines Zuständigkeitsbereichs. In Patheingyi hat PACT mit seinem etwas großzügigeren Kreditprogramm für Kleinstunternehmer (Micro Enterprise Loan) eine ganze Produktionskette gefördert, an dessen Ende bunte, typisch asiatische Schirme in verschiedenen Größen und allen möglichen Farben stehen. Unternehmerin Daw Nyant Ye, der PACT in zwei Stufen insgesamt 650.000 Kyat (etwa 430 Euro) zugestanden hat, liefert an diesem Tag die nächste Erfolgsgeschichte – statt Broschüre sozusagen. „Es braucht 57 Arbeitsschritte für jeden Schirm, egal, wie groß oder klein er ist“, erklärt die 56-Jährige ihr Produkt und spannt ein Schirmchen auf, das nicht viel größer als eine Schallplatte ist. Von der Mitte ausgehend entfaltet sich das filigrane Gestell aus Hölzchen mit einem komplexen Fadennetz, das Herz jedes Schirmes und der Teil der Produktionskette, den sie und ihre Mitarbeiterinnen übernehmen. An einer Sägemaschine fräst eine Frau schmale Rillen in den Holzstumpf, der später der Kopf eines Schirms sein wird. Neben ihr spinnt eine Kollegin mit schnellen Fingern Fäden um dünne Holzstäbe, deren Gesamtheit einmal als Schirmskelett dienen wird. In einem anderen Geschäft, dessen Eigentümer ebenfalls zu den PACT-Kunden zählt und das nur ein paar Häuser weiter liegt, spannen Angestellte Stoffe über die Gestelle, imprägnieren und bemalen sie mit verschlungenen Blumenmustern.

„Den Kredit brauchten wir, um die Maschinen und mehr Materialien zu kaufen“, erklärt Daw Nyant Ye. Mittlerweile rentiert sie sich den Verkauf, und die geschäftstüchtige Frau denkt schon an Expansion. Sie will den PACT-Ma-

nager überzeugen, ihr auch einen dritten Kredit zu gewähren. Wenn sie bei ihm nicht landet, könne sie mittlerweile gleich bei einer ganzen Reihe anderer Mikrofinanzinstitute anknöpfen – eine üppige Auswahl, die zwar von oberster Stelle genehmigt ist, am Markt aber gefährliche Dynamik entfalten kann.

Mit dem Ziel, die drückende Armut im Land zu bekämpfen, und gemäß den UN-Millenniumzielen hat die amtierende Regierung einen Fahrplan aufgestellt, von dessen acht tragenden Säulen eine Mikrofinanz ist. Während Armutsbekämpfung traditionell vor allem über Zuschüsse passiert, soll sie Armut auch ohne Subventionen und basierend auf Eigeninitiative lindern. Die privatwirtschaftliche Orientierung steigert die Expansion des Sektors. Unter den 251 MFI sind im Wesentlichen 31 nationale und internationale NGO wie PACT sowie 118 einheimische und 22 ausländische privatwirtschaftliche Firmen.

Sanjay Sinha, Direktor des indischen Beratungs- und Forschungsunternehmens Micro-Credit Ratings International Limited (M-CRIL), begleitet die Entwicklungen des Sektors neben denen in anderen Ländern seit 2001 in Myanmar. Im Auftrag etwa des bei der Weltbank angesiedelten Trustfund Consultative Group to Assist the Poor (CGAP) prüft M-CRIL dort Mikrofinanzakteure, bietet Trainings an und berät bei der Umsetzung des Konzepts – etwa die Regulierungsbehörde im Finanzministerium. „Es wurden zu viele Lizenzen vergeben“, wiederholt Sanjay Sinha im Interview eine Kritik, die er auch schon im Austausch mit den Beamten angebracht hat. Ein Überangebot von Mikrokrediten birgt Gefahren: „Ist der Kreditzugang zu einfach, übernehmen sich die Mikroschuldner unter Umständen und geraten in eine Schuldenfalle.“ Die Empfänger setzen das geliehene Geld schlechtestenfalls dann nicht mehr zweckgebunden ein, sondern nutzen es beispielsweise für nicht-einkommensschaffenden Konsum oder um einen anderen Kredit abzubezahlen. Ähnliche Tendenzen stellte 2009 das Massachusetts Institute of Technology in einer Studie im indischen Hyderabad fest: Dieser Erhebung zufolge investierte dort nur rund ein Drittel in den Aufbau eines Unternehmens; ebenso viele Mikroschuldnerinnen zahlten einen anderen Kredit ab; 15 Prozent nahmen Konsumkredite; die restlichen Frauen bauten eine bestehende Tätigkeit aus. Eine Befreiung von Armut konnten die Forscher bei zweckentfremdeten Investitionen nicht nachweisen.

Entsprechend appelliert Sanjay Sinha an die Geldgeber: „Es gibt eine Bewegung in der Branche, die sich für ein verantwortungsbewusstes Verhalten in der MFI einsetzt. Wir sind Teil von dieser.“ Auch PACT präsentiert sich in Myanmar von der vorbildlichen Seite und schreibt nach eigenen Angaben einen genauen Auswahlprozess für die Kreditvergabe vor: Interview, Hausbesuch, Crashkurs Betriebswirtschaft, ein vereinfachter Businessplan ste-

hen vor der Geldzusage. „Und wir kontrollieren, ob die Kredite auch wirklich zweckgebunden eingesetzt werden, also ob das Geld wirklich in eine erwerbsschaffende Investition geht“, so Kyaw Moe. Doch könnte beispielsweise Daw Nyant Ye in Patheingyi, die PACT-Anforderungen umgehen und bei einem anderen Anbieter einen neuen Mikrokredit bekommen, bevor sie den aktuellen überhaupt abgestottert hat? Vermutlich ja, trotz staatlicher Regulierung.

Myanmar ist eine Nation, der Finanzkrisen nicht fremd sind, und strenge Vorgaben sollen Wildwuchs in dem Sektor wie etwa in Indien vermeiden, teilt die zuständige Kontrollbehörde des Finanzministeriums aus der Hauptstadt Naypyidaw auf Nachfrage mit und verweist auf die Gesetzgebung von 2011. Demnach muss das jeweilige Institut für eine zeitlich begrenzte Lizenz beispielsweise nachweislich vor allem der Landbevölkerung Geldmittel zugänglich machen und zum „sozioökonomischen Wachstum“ beitragen. Ein Überangebot von Mikrokreditanbietern stellen Beobachter dennoch fest und zwar vor allem für den Großraum Yangon. „Es gibt bereits Bereiche in Myanmar, wo sich die MFI auf die Füße treten, gerade im vergleichsweise leicht zugänglichen Gebiet um die Metropole“, weiß Sanjay Sinha.

In dem Bereich liegt auch die Delta-Region, und PACT-Bezirksmanager Kyaw Moe Hein berichtet von Kunden und auch von Mitarbeitern, welche Konkurrenz-Organisationen abgeworben hätten. „Ein gewisser Wettbewerb ist gut. Die Kunden können dann das für sie beste Angebot auswählen. Gleichzeitig sind wir als Anbieter gefordert, unser Angebot zu hinterfragen und zu optimieren“, sagt Kyaw Moe Hein. „Aber die Geldgeber dürfen ihre eigene Gewinnoptimierung nicht in den Vordergrund rücken.“ Doch genau von solchen Tendenzen berichtet PACT-Landeschef Jason Meikle, ohne Namen zu nennen: Einzelne Anbieter bezahlten ihre Bereichsmanager nach Erfolgsquote – je mehr vergebene Kredite, je mehr getilgte Zinsen, umso höher ihr Honorar. Ein falsches Signal.

Ökonom Philip Mader zufolge ist die Mikrofinanz global zunehmend an gewinnorientierte Geschäftsmodelle gekoppelt und verstärkt mit traditionellen Finanzmärkten verflochten. Großbanken wie Deutsche Bank und Citibank legen Mikrofinanz-Investmentfonds auf und geben entsprechende Anleihen heraus. Das Resultat: Eine an den Bedürfnissen privater Investoren orientierte Finanzindustrie, die sich als Armenhilfe einen sozialen Anstrich verpasst. Die erwähnte Rückzahlungsquote dürfte für diese Investoren der entscheidende Indikator sein, denn je geringer der Kreditausfall, desto höher ihre Rendite. Der Druck zur Gewinnmaximierung durchwirkt alle Ebenen des Konzepts und lastet schließlich am schwersten auf den Schultern der Armen, die doch eigentlich profitieren sollten.

Die Mikrokreditidee krankt nicht nur an Problemen in der Ausführung.

Um die Armut flächendeckend, über den Einzelfall hinaus zu besiegen, muss sich eine vielfältige Wirtschaftsstruktur von Unternehmen bilden, die langfristige und bezahlte Beschäftigung bieten. Die Anzahl der Motortaxen und Tante-Emma-Läden zu erhöhen, trägt dazu langfristig nicht bei – schlimmstenfalls im Gegenteil: Verdingen sich immer mehr Menschen als Ausweg aus der Armut als Kleinstgewerbetreibende, schafft das eine neue Konkurrenzsituation, in der sie sich im Preis immer weiter unterbieten. Tun sie das auf Kredit, enden sie in Schuldknechtschaft. „Wenn die Armen nach Abzahlung des Kredits arm bleiben, während der Finanzsektor stark wächst und profitiert, erscheint die Mikrofinanz als Mittel der Entwicklungshilfe stark zweifelhaft“, resümiert Ökonom Philip Mader. Seinen Recherchen zufolge haben die MFI 2010 weltweit einen Bruttobetrag von 19,6 Millionen US-Dollar erwirtschaftet – das ist die Summe der hohen Zinsen, die die Kreditnehmer aufgebracht haben.

Der indische Branchenexperte Sanjay Sinha relativiert die wachsende Kritik: Vor der Jahrtausendwende habe Mikrofinanz unkritisch als entwicklungspolitische Wunderwaffe gegolten, aber in den vergangenen Jahren sei sie zunehmend als Ausbeutung der Armen in Verruf geraten. „Die Wahrheit liegt sicherlich zwischen diesen beiden Extremen. Es gilt, das Konzept für die jeweiligen lokalen Bedingungen zu optimieren“, so Sanjay Sinha. In Myanmar sei der Sektor aktuell auf dem Entwicklungsstand von dem in Kambodscha vor zehn und dem in Indien vor 15 Jahren. „Man sollte von den Fehlern der Nachbarländer lernen – und ebenso von den Errungenschaften, die dort im Sinne der Armutsbekämpfung durch Mikrofinanz erzielt wurden.“ Diesen Weg habe Myanmar eingeschlagen und der Inder ist zuversichtlich, dass die Nation ihn weitergehen wird – umso mehr bei einem möglichen Regierungswechsel nach den Wahlen.

Auch Patheins Herrin der Schirme verbindet mit friedlichen Wahlen und einem möglichen Sieg der Opposition positive Impulse für die Wirtschaft – und ihre eigenen Geschäfte. Sie ist überzeugt: Je mehr „De-mo-krä-si“ umso mehr Touristen und damit umso größer ihr Kundenkreis. „Den Gästen gefallen unsere Schirme als Souvenir. Wir bieten sogar eine Hülle extra für den Flugtransport im Handgepäck an“, sagt sie und spannt in zackigen Bewegungen den schallplattengroßen Schirm in ihrer Hand auf und zu, als er öffne sich mit jedem Schub eine neue Option.

Die Wahlen sind kurz vor Urnengang das allgegenwärtige Thema im Land – auch im Hotel ein paar Straßenecken weiter. Beim Check-in legt die Rezeptionistin einen kleinen Papierschnipsel mit dem Wi-Fi-Passwort auf den Tresen: „election2015“, zu Deutsch: „Wahl2105“.

5. Die Beobachter: Von Aktivismus zu Journalismus

Seinen kleinen Finger mit tintengeschwärtzter Spitze hält Chefredakteur Soe Myint am Morgen des Wahlsonntags in die Kamera. Dunkelgefärbte Fingerkuppen werden an diesem Tag das Zeichen für freie Wahlen, als solches immer wieder stolz in die Höhe gestreckt und auf zig Fotos in sozialen Netzwerken geteilt. Soe Myint hat schon gewählt, bevor er bei Mizzima TV live auf Sendung geht. Er und sein Team begleiten mit einer Sonderausgabe das ganze Wochenende. „Das ist der Anfang eines großen Wandels“, startet er das Programm und berichtet Studiopartner Thiha Saw von seinen Eindrücken an den Urnen in Yangon wie sie an rund 40.000 Orten im Land aufgestellt sind. „Die Leute schienen es nicht abwarten zu können, endlich ihre Stimme abzugeben. Noch bevor die Wahlcafés um 6 Uhr öffneten, hatten sich vor ihnen in der ganzen Stadt lange Schlangen gebildet. Die Stimmung war geradezu andächtig: Viele haben sich nur im Flüsterton unterhalten, und keiner beschwerte sich über die Wartezeiten.“ Man rechne mit einer hohen Wahlbeteiligung von über 80 Prozent. Weiter geht das Gespräch der beiden Moderatoren über das Wahlprozedere und die Frage, wie frei die Wahlen ablaufen werden und wo Schwachstellen im System ein Risiko zur Wahlfälschung bergen.

Unter dem Namen Mizzima bringt das Medienhaus neben dem Fernsehprogramm auch Print- und Online-Publikationen in Englisch wie in der Landessprache heraus – lange nur von den Nachbarländern Indien und Thailand aus und seit wenigen Jahren endlich aus Myanmar selbst. Das Militärregime praktizierte gut ein halbes Jahrhundert strenge Zensur und zwang Medien wie Mizzima ins Exil; vom Kinderlied bis zur Tageszeitung brauchte jede Publikation die Genehmigung der Behörde. Der Reformprozess seit dem Jahr 2011 traf auch die Medien und brachte neue Freiheiten. Diese sind wie in Transitionsprozessen allgemein auch in Myanmar ein Maßstab für die Fortschritte des Landes hin zu einer demokratischeren Ordnung.

Journalist Sein Win arbeitete ebenfalls für Mizzima lange vor den Reformen. Als Student schloss der heutige Medientrainer sich der Widerstandsbewegung an und berichtete an der Zensurbehörde vorbei aus seinem Heimatland. „Wir waren politische Aktivisten und Nachrichten für uns ein Mittel, um die Machthaber zu stürzen. Die Berichterstattung war eine Kampagne gegen das Regime“, sagt Sein Win. Als er damals die Missstände und die Verfehlungen der Machthaber an die Öffentlichkeit bringen wollte, war Myanmar noch völlig abgeschottet – anders als heute: Eine Sim-Karte kostete damals auf dem Schwarzmarkt vierstellige Dollarbeträge, 2012 noch rund 250 Dollar und heute scheint in Yangon jeder ein Smartphone zu haben. Landesweit lag die Handyverbreitung im Sommer 2015 laut Kom-

munikations- und Technologieministerium bei über 50 Prozent; 2016 sollen mindestens drei Viertel der Bevölkerung mobil telefonieren, so das erklärte Ziel. Ähnlich schnell verbreitet sich das Internet, und in weiter Ferne scheinen die Tage, als Sein Win nur über eines der zwei streng kontrollierten Internetcafés indirekt Netzzugang haben konnte. „Wir wussten, dass die Regierung alles mitliest, und mussten einen Weg finden, die Informationen an ihr vorbeizubekommen“, sagt Sein Win. Ein Freund übersetzte die Artikel auf Spanisch sozusagen als Verschlüsselung, Sein Win gab die Texte auf einer Diskette an den befreundeten Mitarbeiter eines Internetcafés, der diese abschickte, und schließlich entschlüsselten die Journalisten in der Exil-Redaktion die Fremdsprache mit einer Übersetzungssoftware. „Wir haben einfach darauf gesetzt, dass im Ministerium niemand Spanisch spricht“, erklärt Sein Win.

Nach dem Hochschulabschluss als Ingenieur im Jahr 2000 verließ Sein Win Myanmar und arbeitete in den Nachbarländern Indien und Thailand für Exil-Medien, die eine transparentere Berichterstattung über und für sein Heimatland forcierten. „Ich bin erst 2012 wieder zurückgekehrt, vorher war das Risiko zu groß, dass ich inhaftiert werde.“ Seit der Öffnung des Landes, die Sein Win die Heimkehr ermöglichte, ging alles ganz schnell, und Myanmar legt in Sachen Medienwandel ein rasantes Tempo vor. „Das unterschreiben wir komplett“, sagt Prof. Dr. Andrea Rübenacker, Regional Koordinatorin Südostasien bei der Deutsche-Welle-Akademie. Seit 2007 ist Deutschlands zentraler Akteur für Medienentwicklungszusammenarbeit in dem Land vertreten und Andrea Rübenacker betont: „Myanmar hat wahn-sinnig viele Schritte auf einmal gemacht“ – nämlich seit 2012 die Zensur abgeschafft, die Presse liberalisiert, eine neue Mediengesetzgebung durchgedrückt und angepasst, einen Presserat etabliert und die Rundfunkreform auf den Weg gebracht.

„Man muss aber immer wieder darauf hinweisen, dass die Medienfreiheit auf wackeligen Füßen steht – und die ganze Zeit stand“, so Andrea Rübenacker. „Statt bei drohenden Enthüllungen in die Informationsoffensive zu gehen, verfällt die Politik oft wieder in alte Muster. Etwa zugunsten der inneren Sicherheit wird dann Berichterstattung verhindert.“ Oder unerwünschte Berichterstattung wird bestraft – wie im Fall von zwei Journalisten im Sommer 2015. Für die Wochenzeitung *The Union* hatten sie Gerüchte über eine Fabrik für chemische Waffen in einem Artikel veröffentlicht und bekamen dafür Haftstrafen von sieben Jahren. Themen, die die nationale Sicherheit touchieren, sind in Myanmar nach wie vor delikater und der entsprechende National Security Act ist eines der veralteten Gesetze, die der neuen Mediengesetzgebung in der Praxis querschießen.

Doch es gibt auch positive Zeichen, beispielsweise kurz vor den Wahlen,

wie Chefredakteur Soe Myint zwischen zwei Mizzima-Sendungen erzählt. Unter seinen Kollegen hatte eine Direktive der Regierung für Unmut gesorgt: Nur Mitarbeiter von Staatsmedien und nicht die von privaten Medienhäusern dürften auch in Wahllokalen filmen und fotografieren. „Dagegen haben wir über den neuen Presserat Beschwerde eingelegt“, erzählt Soe Myint. Die Regierung reagierte prompt und erteilte kurz vor dem Stichtag eine entsprechende Erlaubnis für alle akkreditierten Journalisten – unabhängig von deren Arbeitgeber. „Das war ein positives Zeichen vom Informationsministerium und ein gutes Signal für die Wahlen. Unsere Korrespondenten vor Ort können die Abläufe in den Wahlbüros genauer verfolgen und Probleme unter Umständen offenlegen“, so Soe Myint. Eine Etage über ihm sitzen in einem Großraumbüro junge Journalisten an Computern und Telefonen, um Kontakt zu den Korrespondenten im Land zu halten.

Die Gesamtzahl junger Journalisten ist in Myanmar parallel zu den neuen Freiheiten und Publikationen gestiegen. Laut DW-Akademie verdoppelte sie sich zwischen Mitte 2013 und Ende 2015 von 2.000 auf rund 4.000; die Mehrheit der Berufsneulinge ist demnach zwischen 22 und 25 Jahre alt und ungelernt. „Es braucht Qualifizierung im Bereich Medien und in der Ausbildung“, sagt Andrea Rübenacker. Oder wie es im Strategiepapier der DW-Akademie heißt: „Gut ausgebildete Medienschaffende sollen zur Medienfreiheit sowie zur Meinungs- und Informationsfreiheit beitragen.“ Ein Ausbildungsprogramm, das sich so einen Leitsatz zum Ziel erklärt, gab es unter der Militärjunta nicht, Journalisten wurden als quasi Staatsbedienstete begriffen. Sein Win und Soe Myint von Mizzima und andere führende Journalisten im Land haben in Kambodscha gelernt, wo die Universität ein Journalistik-Programm anbietet, das für die gesamte Länderregion Modellcharakter hat und das Andrea Rübenacker mitaufgebaut hat.

Auch Ye Naing Moe hat dort gelernt und war einer der ersten, der die Professionalisierung von burmesischen Journalisten mit Trainingsangeboten forcierte. Mittlerweile gibt es im Land drei Einrichtungen, die Aus- oder Weiterbildung von Medienschaffenden betreiben. „Die ersten Seminare habe ich damals zusammen mit einer amerikanischen NGO auf dem Gelände der US-Botschaft angeboten“, erzählt er im Interview. Offiziell hieß das Fortbildungsangebot für bereits aktive Journalisten „English for Journalists“, tatsächlich ging es aber nicht um ein Sprachtraining, sondern um inhaltliche Aspekte. „Es war eine heikle Zeit, und Journalist war ein gefährlicher Job.“ Die Regierung überwachte den Eingang der Botschaft und alle Seminarteilnehmer wurden vom Kommunikationsministerium überprüft, einige zum Verhör einbestellt. Ein- bis zweiwöchige Kurse – etwa zu Darstellungsformen, journalistischer Ethik, Berichterstattung zu spezifischen Themen wie Wahlen oder Wirtschaft – bietet Ye Naing Moe heute als Direk-

tor der Yangon Journalism School (YJS) unter dem tatsächlichen Kurstitel an. Mitarbeiter des Kommunikationsministeriums kommen nicht mehr als Spitzel, sondern manchmal als Kursteilnehmer. Der Wandel in der Branche ist greifbar, doch auch Ye Naing Moe erzählt von Selbstzensur, externem Druck, finanziellen Engpässen und anderen Problemen.

Der ehemalige Mizzima-Redakteur Sein Win hat sich ebenfalls der Journalistenausbildung in seinem Land verschrieben; er ist Programmleiter des Myanmar Journalism Institutes (MJI), das lokale Journalisten mit der Unterstützung internationaler Organisationen wie der DW-Akademie aufgebaut haben. Ein Teilzeitprogramm richtet sich an bereits berufstätige Journalisten, ein Vollzeitprogramm an Berufsanfänger. „Unsere ersten Absolventen konnten sich beruflich fast alle verbessern, und mittlerweile genießt unser Studienprogramm einen guten Ruf“, sagt Sein Win, der anfangs vielen Skeptikern begegnete. Als staatlicher Abschluss ist das MJI-Diplom nicht anerkannt, doch seine Absolventen haben in den Redaktionen für Akzeptanz gesorgt.

Das einzige staatlich anerkannte Programm bietet die Universität von Yangon an. Professorin Margaret Wong leitet den jungen Lehrstuhl parallel zu dem für Geschichte und ist als Fachfremde dankbar für Anregungen und Unterstützung von Ministerium und internationalen Akteuren. Wie ihre Kollegen von YJS und MJI beklagt sie den Mangel an Dozenten und musste die ersten selbst ausbilden. „Die Journalistenausbildung im Land muss in Qualität und Quantität aufholen“, sagt die Professorin. „Aber es gibt eine junge Generation von Journalisten, die etwas verändern möchte, und das macht Hoffnung.“

„Es ist ein Beruf mit Zukunft“, sagt übereinstimmend Sein Win, Trainings-Direktor am MJI. Der Sektor stelle sich neu auf und mit der Rundfunkreform werde die Nachfrage nach ausgebildeten Journalisten erneut steigen. Beim Interview ist der MJI-Seminarraum in Yangons Altstadt leer, denn die Studenten sind im Praktikum. Von der fünften Etage aus reicht der Blick über das Schachbrettmuster, welches schmale Straßen zwischen den historischen Kolonialbauten ziehen. Ein mächtiges, rotes Backsteingebäude unterbricht das regelmäßige Netz über mehrere Blöcke. Es ist das ehemalige Ministers' Office, wo der Vater der heutigen Oppositionsführerin, General Aung San, ermordet wurde. In ihrer Rolle als Widerstandssikone sei seine Tochter Aung San Suu Kyi beinahe unkritisch, sagt Sein Win: „Journalismus wird im Land oft noch als Aktivismus missverstanden. Einige sehen die Umbrüche als Revolution und entsprechend berichten sie unausgewogen zugunsten der Opposition. Doch die Journalisten lernen dazu.“ Das macht ein Vergleich der Wahlkampfberichterstattung von 2012, kurz nach Abschaffung der Zensurbehörde, und der von 2015 deutlich. „In diesem Wahlkampf haben die Journalisten schon kritischer und ausgewogener

berichtet“, teilt Sin Wein die Einschätzung anderer Beobachter. „Und wenn die NLD die neue Regierung stellt, müssen wir uns noch weiter in dieser Hinsicht entwickeln.“

Auf Pali, einer dem Indischen ähnlichen Literatursprache des Buddhismus, bedeutet Mizzima so viel wie „in der Mitte“ oder „ausgeglichen“. So gibt der Name der ehemaligen Exil-Redaktion die Zielrichtung für den Journalismus in Myanmar vor. Auch und gerade wenn die Wahl aus der ewigen Oppositions- eine Mehrheitspartei macht, gilt es ihre Arbeit und den politischen wie wirtschaftlichen Wandel insgesamt kritisch zu begleiten.

6. Mittelstand: Dringend gesucht: Startkapital und Personal

CMP ist die Abkürzung für Cutting, Manufacturing, Packing – zu Deutsch: Zuschnitt, Fertigung, Verpackung. Dieser Dreiklang bestimmt in Myanmar einen ganzen Wirtschaftszweig und am Stadtrand von Yangon in einem ganzen Viertel das eintönige Stakkato der Nähmaschinen. In der Produktionshalle von Blessing Intertrade führt Geschäftsführer U San Shwe vorbei an hunderten Arbeitsplätzen, die die massenhafte Kleiderproduktion in minimale Schritte aufteilen: immer die gleichen Zuschnitte zusammennähen, immer den gleichen Knopf anbringen, immer die gleiche Falte bügeln, immer die gleiche Hose kontrollieren und so weiter. Jeder Schritt hunderte Male am Tag. Die Mitarbeiter sind auf ihre jeweilige Maschine und Aufgabe in der Produktionskette spezialisiert, sodass ihre Hände in automatisierter Schnelligkeit über die Stoffe gleiten.

Letztere kommen wie alle anderen Materialien von der Auftrag gebenden Firma, in diesem Fall aus Japan – vom Reißverschluss übers Garn bis zum Schnittmuster alles zollfrei. Ebenfalls ohne Zollgebühren gehen die fertigen Kleidungsstücke zurück an den Absender und folgen damit einer Gebührensonderregelung, mit der die Regierung von Myanmar ausländische Aufträge ins Land holen will. „Wir bekommen alle Einzelteile beispielsweise für ein Herrenjackett geliefert. Wir schneiden die Stoffe wie gewünscht zu, nähen sie zusammen und verpacken sie für die Rückreise – Zuschnitt, Fertigung, Verpackung, CMP halt“, erklärt U San Shwe „Für ein Jackett bekommen wir etwa 7 US-Dollar. Die Logistik übernimmt der Auftraggeber.“

Textilfabrikanten in Entwicklungsländern wie deren Auftraggebern aus reicheren Industrienationen eilt nicht zu Unrecht ein schlechter Ruf voraus. Die internationale Presse erwähnt sie vor allem in Verbindung mit der Ausbeutung ihrer Arbeitnehmer: anstrengend monotone Fließbandarbeit bei mangelnden Sicherheitsbedingungen zu einem Hungerlohn, damit das reiche Ausland billig shoppen kann. Solche Beispiele finden sich in Myanmar

wie in dessen Nachbarland Bangladesch, wo die Schicksale der Näherinnen in der 2013 eingestürzten Fabrik Rana Plaza zum Synonym für die Missstände einer ganzen Industrie wurden. Dem stimmt die Gewerkschaftsvereinigung Federation of Trade Unions of Myanmar (FTUM) im Interview zu: „Die Textilindustrie hier ist heute auf dem Stand von Bangladesch vor zehn Jahren – und der Sektor boomt. Doch wir wollen nicht das nächste Bangladesch werden, auch wenn die Gefahr besteht.“ Neben Missständen bestätigt die Organisation ebenfalls die Ausnahmen von dem Negativstereotyp.

Blessing Intertrade entspricht den Vorschriften an Arbeitssicherheit und -recht und ist jenseits der Textilindustrie ein gutes Beispiel für die Situation des Mittelstands in Myanmar. Dieser ist wie so viele Bereiche von dem Wandel im Land betroffen, und der Öffnungsprozess beschert ihm neue Herausforderungen wie Chancen; mit dem steigenden Absatz vor allem im Export verschärft sich die Konkurrenz etwa mit Wettbewerbern aus dem Ausland. Zudem macht der Reformismus auch vor Arbeits- und Marktrecht nicht Halt und brachte jüngst etwa einen gesetzlichen Mindestlohn hervor. Schließlich bieten sich auf einem allmählich entstehenden Kapitalmarkt lang ersehnte Kreditmöglichkeiten.

Die Produktionsstätte von Blessing Intertrade erstreckt sich etwa auf der Fläche eines Sportplatzes und ist eine kahle, fensterlose Industriehalle auf Funktionalität getrimmt. In der Mitte versperrt keine Trennwand den Blick längst durch die Halle, und Meter für Meter reiht sich ein Pult schnurgeade hinter das nächste. Auf kleinen Plastikhockern sitzen die Angestellten und beugen sich in emsiger Monotonie über ihre Nähmaschinen, deren Kabel von der Decke herabkommen und dem Wimmelbild weitere Details hinzufügen. Nur ein paar Meter über den geneigten Köpfen erhellen nackte Leuchtröhren den Raum in grellem Licht. Noch weiter oben, direkt unter kargem Wellblechdach kreiseln ein paar Ventilatoren, die kaum Erfrischung bis nach unten zu den hunderten Angestellten wehen.

Von den Angestellten spricht U San Shwe viel, wenn er von dem Unternehmen erzählt, in dem er sich selbst von einem der kleinen Plastikhocker an einer Nähmaschine bis zum Managementsessel hochgearbeitet hat: Es sind rund 600, mit 500 die große Mehrheit von ihnen Frauen. Das heißt 600 Menschen, die einen festen Arbeitsvertrag haben und ein monatliches Gehalt bekommen. Kritiker der Mikrofinanz werfen dem Konzept vor, es würde bestenfalls in individuellen Einzelfällen helfen; doch um Armut flächendeckend zu besiegen, brauche eine Nation hingegen gut bezahlte Arbeitsplätze – also entsprechend gut zahlende Arbeitgeber.

Was „gut“ in Zahlen bedeutet, ist im jeweiligen nationalen Kontext nun natürlich streitbar. In Myanmar gibt es seit kurzem einen offiziellen Richt-

wert: Nach gut zwei Jahren Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und -nehmern hat die Regierung kurz vor den Wahlen einen nationalen Mindestlohn durchgedrückt. Zwar gilt dieser branchenübergreifend, die Auseinandersetzungen spielten sich aber insbesondere in der Textilindustrie ab. Seit dem 1. September 2015 sollen in Unternehmen mit 15 Angestellten und mehr jedem mindestens 3.600 Kyat (knapp 2,50 Euro) pro Tag bzw. 450 Kyat (etwa 30 Euro-Cent) pro Stunde für eine sechstägige Arbeitswoche zahlen. Das ist weniger als die Arbeitnehmer gefordert haben und mehr als Billigproduzenten etwa aus China und Korea bereit waren zu zahlen. Ersteren zufolge brauche man in Myanmar zum Leben mindestens 4.000 Kyat täglich, also 30 Euro-Cent mehr als letztlich vereinbart. Doch letztere drohten mit ihrem Rückzug aus Myanmar und damit dem Verlust von Arbeitsplätzen – typisch, sagen Kritiker: Ist die Textilindustrie in einem Land unter Druck – ob es um steigende Gehälter, strengere Sicherheitsregeln oder andere Regulierungen geht – ziehen die Hersteller einfach in das nächste Land. Westliche Modefirmen beteiligten sich an den Auseinandersetzungen nicht wesentlich, nur einzelne Firmen, darunter GAP und H&M, bekräftigten zum Ende der Verhandlungen ihr Interesse an Myanmar als Produktionsstandort trotz Mindestlohn und befürworteten den Vorstoß. Die Regierung wählte schließlich einen Mittelweg zwischen den verschiedenen Forderungen, und nun entspricht der Mindestlohn etwa dem Gehaltsniveau in Bangladesch, während der im benachbarten Thailand bei umgerechnet etwa 7,50 Euro pro Stunde liegt.

Die Demonstrationen gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen und -verhältnisse für Näher/innen gehen auch nach der Entscheidung zum Mindestlohn weiter und konzentrieren sich in Yangon auf Hlaing Tharyar und Shwe Pyi Thar, zwei Industrieviertel am Stadtrand, in denen sich eine Fabrik an die nächste reiht. Eine von ihnen gehört zu Blessing Intertrade, die nach eigenen Angaben monatlich 150.000 US-Dollar und mehr umsetzt. Das Unternehmen musste seine Löhne seit Einführung des Mindestlohns ebenfalls nach oben angleichen und zahlt abhängig von hausinterner Berufserfahrung auch mehr. „Gestreikt wurde bei uns nicht. Hier ist die Stimmung mehr wie in einem Familienunternehmen“, sagt U San Shwe und erzählt von der letzten Betriebsfahrt, zu der alle Mitarbeiter, die länger als drei Jahre im Unternehmen sind, alle zwei Jahre eingeladen werden. Über 150 seien dieses Mal für ein paar Tage in den Shan-Staat gereist. „Wir wollen Anreize zur Personalbindung schaffen“, erklärt der Firmendirektor. „2005 sind wir mit nicht mal hundert Leuten gestartet und seitdem kontinuierlich gewachsen. Mittlerweile wird es aber schwierig, neue Näher zu finden.“

Der Grund dafür kommt auch aus dem Ausland: Seitdem der Westen Myanmar als Kleiderproduzent wieder entdeckt hat, boomt der Markt und aus-

ländische Firmen werben die Mitarbeiter von Blessing Intertrade und anderen lokalen Arbeitgebern ab. Während der Militärjunta hatten sich viele westliche Textilproduzenten zurückgezogen – auch aus Angst, Kontakt zu dem verrufenen Regime könnte dem Image und damit den Verkaufszahlen schaden. Viele westliche Länder hatten zudem Einfuhrverbote für Waren aus Myanmar verhängt, die USA beispielsweise im Jahr 2003 speziell für Textilien aus dem Land. Das Image hat sich mit dem Öffnungsprozess gewandelt, das Ausland seine Sanktionen weitgehend beendet und das Schildchen „Made in Myanmar“ taucht wieder in Hosen, Pullis, Jacketts und Co. auf. Im Jahr 2014 zählte die Myanmar Garment Manufacturers Association (MGMA) durchschnittlich eine Fabrik-Neueröffnung pro Woche. Der Exportumsatz stieg der Organisation zufolge von 2013 auf 2014 um 300 Millionen auf 1,5 Milliarden US-Dollar und in wenigen Jahren soll er sich verdoppeln.

Auf die Frage, was Myanmar als Standort attraktiv macht, antwortet U San Shwe für die an sich zurückhaltend höfliche Kommunikationskultur ungewöhnlich direkt: „Wir bekommen Aufträge aus Japan aus demselben Grund, aus dem die Firmen aus Europa und den USA hier, in Bangladesch, in Vietnam oder in Kambodscha produzieren: weil Arbeit hier billig ist.“ Eine Beratungsfirma aus Singapur bringt es auf ihrer Homepage so auf den Punkt: „China ist Ihnen zu teuer? Bangladesch schadet Ihrem Ruf? Vietnam ist zu überlaufen? Wir bringen Sie nach Myanmar!“ U San Shwe deutet auf das große Eingangstor der Fabrik, das weit offen steht. Den kargen Schotterplatz grenzt eine zwei Meter hohe Mauer ab, dahinter ragt ein schneeweiß, mehrstöckiger Bau in die Höhe – so weiß wie die neuen Turnschuhe vor dem ersten Lauf. „Das ist die jüngste Fabrik hier in der Nachbarschaft und angeblich soll Adidas dort 10.000 Mitarbeiter anstellen wollen.“

Das Gerücht stimmt, auch wenn an der anderen Seite des großen Fabrikneubaus nicht der Name des Sportbekleidungsspezialisten aus Herzogenaurach am Klingelschild steht. Stattdessen prangt neben dem riesigen Eingangstor ähnlich überdimensioniert ein Schild mit dem Firmenlogo der Pou-Chen-Gruppe. Der Mischkonzern aus Taiwan produziert in erster Linie Sportschuhe für Branchenriesen wie Nike, Asics, Puma und eben Adidas. Managerin und an dem Tag Übersetzerin Sandra Cai führt vorbei an der Fabrik in das Bürogebäude. Die Plätze im Großraumbüro auf dem Weg zum Firmenleiter sind noch leer, denn die Firma hat erst vor ein paar Wochen eröffnet und steht am Anfang großer Wachstumspläne.

Unter den ausländischen Investoren in Myanmar ist Adidas eine der deutschen Ausnahmen, denn die Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland stagnierten über Jahrzehnte auf niedrigem Niveau und auch seit dem Öffnungsprozess gab es kaum nennenswerte Neuinvestitionen. Dennoch ist die

Bundesrepublik der wichtigste EU-Handelspartner. Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen würden spürbar intensiver, teilt die deutsche Botschaft in Yangon mit, und beispielsweise befinde sich ein German-Myanmar Business Chamber (GMBC) in Gründung. Die Handelsströme von Deutschland nach Myanmar sind 2014 im Vergleich zum Vorjahr nur gering von 126 auf 130 Millionen gestiegen. Deutlicher war der Zuwachs bei den Exporten aus Myanmar, die im selben Zeitraum von 56 auf 100 Millionen Euro gestiegen sind. Dabei liegt der Schwerpunkt mit rund 86 Millionen Euro auf Bekleidung – und mit Adidas könnte die Zahl weiter steigen.

Der Pou-Chen-Chef für Myanmar stellt sich im Interview wie auf seiner Visitenkarte einfach als Mr. Henry vor und liefert die Zahlen: Erst seit wenigen Wochen läuft die Produktion mit aktuell 1.000 Angestellten, die 30.000 bis 50.000 Schuhe pro Monat fertigen. Die Gerüchte aus der Nachbarschaft entsprechen der Zielvorgabe: 2018 sollen 10.000 Mitarbeiter eine Million Schuhe monatlich fertigen. „Unser Engagement hier im Land geht ausdrücklich auf Anregungen unseres Auftraggebers Adidas zurück. Wir hoffen, dass sich der Standort ähnlich wie Vietnam entwickeln wird“, so Mr. Henry.

Mitteilungen von Adidas erklären das große Interesse an Myanmar als Produktionsstandort. Denen zufolge rechnet die Firma in den kommenden Jahren mit höheren Produktionskosten, die sich aus einem steigenden Lohnniveau und Mehrausgaben bei Material ergeben. Entsprechend wolle man die Produktion in China zurückfahren und dafür das Engagement in Indonesien, Vietnam, Kambodscha und Myanmar anziehen. Anders gesagt: Die Lohnkosten in China sind der Firma zu hoch und sie geht dahin, wo es billiger ist. „Myanmar stufen wir als einen der letzten großen Beschaffungsmärkte für Produkte unserer Art ein“, wird John McNamara, Senior Vice President Sourcing, in einer Pressemitteilung zitiert. Der Manager will, dass im Jahr 2020 mindestens 4 Prozent der Adidas-Schuhe aus Myanmar kommen. In seinem Heimatland testet der Konzern etwa zeitgleich zu der Eröffnung in Myanmar eine andere Alternative zu steigenden Lohnkosten: In der sogenannten Speedfactory im deutschen Ansbach sollen die Sportschuhe ohne menschliche Beteiligung vom Band laufen. Wo sich in den Entwicklungsländern für ein paar Cent die Stunde Arbeiter ans Band stellen, bestreiten in der Industrienation Roboter eine komplett autonome Herstellung.

Auch Blessing Intertrade hat seine Fabrik kürzlich mit neuen Maschinen aufgestockt – und scheint den Adidas-Robotern in Ansbach damit ein halbes Jahrhundert hinterher. U San Shwe bleibt neben einem großen Metallkasten stehen, durch den sich schubweise ein Fließband windet. Eine junge Frau legt zugeschnittene Stoffteile aufeinander, die Maschine presst diese zusammen, bevor es zur Nähmaschine geht. „Wir investieren in Maschinen, die

aufwändige Handgriffe schnell erledigen und so unsere Produktivität steigern“, erklärt der Firmenchef. Die Investition ist für ihn auch deswegen eine besondere, weil sie zu den ersten kreditgestützten Anschaffungen des Unternehmens zählt.

Der Finanzsektor in Myanmar ist in jeder Hinsicht unterentwickelt. So haben nicht nur die Ärmsten der Gesellschaft, potenzielle Mikroschuldner, keinen Zugang zu grundlegenden Bank-Dienstleistungen, geschweige denn Krediten. Für Unternehmer ist es ebenso schwierig an Geld zu kommen – dabei könnten sie der entscheidende Motor für die Wirtschaft sein. In einer vielfältigen Wirtschaftsstruktur machen sie sich gegenseitig nicht bloß Konkurrenz, sondern beliefern und unterstützen sich auch. Die wenigen einheimischen Unternehmen bedürfen einer funktionierenden Basis an kleineren Zulieferern, sodass sie Vorleistungen im eigenen Land beziehen können, anstatt importieren zu müssen. So können kleine Unternehmen zu mittleren und mittlere zu großen werden – eine Entwicklung, die Startkapital braucht.

Doch für Myanmar identifizieren Studien wie der „Doing Business Report“ der Weltbank und das „Competitiveness Ranking“ des World Economic Forums den Mangel an Krediten als größte Herausforderung in der Geschäftsentwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen. Gerade einmal 4 Prozent von ihnen haben laut der deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) einen Kredit bei einer Bank. „Kredite sind natürlich kein Allheilmittel“, teilt ein GIZ-Sprecher auf Anfrage mit. „Sie eröffnen jedoch Chancen und Möglichkeiten beispielsweise zum Ausbau der Produktionsanlagen, zum Einkauf von Rohstoffen, oder zur Erweiterung des Lagerhauses.“

Die GIZ unterstützt die Bundesregierung in der internationalen Zusammenarbeit in Entwicklungsländern weltweit und konzentriert sich in Myanmar auf drei Bereiche: Sie fördert die Berufsausbildung sowie die Entwicklung des Privat- und Finanzsektors. Mit drei ausgewählten nationalen Partnerbanken – Kanbawza Bank (KBZ), Small and Medium Industrial Development Bank (SMIDB) und Yoma Bank – entwickelt sie etwa neue Finanzprodukte und neue Prozesse der Kreditprüfung. Von einem dieser Programme profitiert auch Blessing Intertrade als KBZ-Kunde. 2014 hat das Unternehmen einen Kredit aufgenommen, dessen Höhe es nicht öffentlich machen möchte. „Das war das erste Mal, dass wir Geld von einer Bank bekommen konnten“, sagt U San Shwe. „Zuvor kamen alle Investitionen aus den eigenen Umsätzen oder dem Privatvermögen des Eigentümers.“ Das ist die Regel in Myanmar, denn der Bankensektor steckt noch immer in den Kinderschuhen und hat die nationale Finanzkrise von 2003 kaum überwunden.

Als die asiatische Finanzkrise von 1997 ausgestanden schien, wuchs in

Myanmar das Misstrauen in den jungen, erst kürzlich teilprivatisierten Sektor, der sich Gerüchten zufolge bei der Kreditvergabe übernommen haben sollte. Im Februar 2003 stürmten skeptische Kunden zunehmend die Banken, um ihre Ersparnisse in bar zu sichern, bis die Geldinstitute erst Barauszahlungen deckelten, dann Konten komplett einfroren und die Regierung schließlich die frühzeitige Rückzahlung ausstehender Kredite verfügte. Zu Zeiten der Abschottung drangen nur wenige Nachrichten über die Krise ins Ausland, doch für das Land selbst waren die Folgen gravierend. Zwar hatten nur wenige Privatpersonen Konten, aber Unternehmen wickelten ihre Geschäfte per Bank ab und viele konnten Mitarbeiter, Zulieferer sowie Dienstleister nicht mehr bezahlen. Während die Knappheit der lokalen Währung Kyat in eine Kurssteigerung mündete, ging der Warenwert bei sinkender Nachfrage in den Keller. Nur einige Wochen nach Beginn der Krise sollen verzweifelte Bankkunden ihre eingefrorenen Konten zu 60 bis 80 Prozent des eigentlichen Werts verkauft haben und mussten damit weitere Verluste verkraften. Erst ab 2012 sollten Reformen den Bankensektor wieder beleben.

„Vergessen Sie die Frage nach der größten Herausforderung. Hier ist alles eine Herausforderung“, stellt Sandra Min klar, noch bevor das Interview richtig begonnen hat. Bei der Yoma Bank, eine der landesweit größten Privatbanken und eines der GIZ-Partnerinstitute, ist sie für das Firmenkundengeschäft zuständig und will ihre Bank zum Marktführer in dem Segment machen. Kredite gehen bisher vor allem an Unternehmer, die einen entsprechenden Gegenwert etwa an Land nachweisen können. Die Yoma-Bank will auch Projekt-Finanzierung voranbringen, also die Kreditvergabe auch nach der Erfolgsaussicht einer Firmengründung oder -erweiterung, statt allein nach Rücklagen beurteilen. Entsprechende Produkte bietet die Yoma-Bank zunächst für die Landwirtschaft, einem zentralen Wirtschaftszweig in Myanmar, an und will das Programm auf andere Bereiche ausweiten. Im „Doing Business Report“ bescheinigt die Weltbank von 2015 auf 2016 bereits eine Verbesserung bei Unternehmensgründungen: Myanmar ist demnach um 29 Plätze auf Rang 160 vorgerückt. Das Marktpotenzial für Kreditinstitute bleibt immens, betrachtet man die hohe Zahl von Burmesen, die bei inoffiziellen Geldgebern in der Schuld stehen; laut UN-CDF sollen es über neun Millionen sein. Neben den Banken sieht Sandra Min aber auch Unternehmen in der Pflicht: „Sie müssen sich von traditionellen Geschäftspraktiken verabschieden und ein professionelles Finanzmanagement etablieren.“

Wenn Sandra Min diese und andere Herausforderungen aufzählt, spricht sie nicht mit genervter Verzweiflung, sondern mit dem Tatendrang einer Heimkehrerin. Die Eltern waren mit der dreijährigen Sandra vor der Militärjunta in die USA geflohen. Fast 30 Jahre später ist die Tochter zurück-

gekommen und will ihr Heimatland mit aufbauen. Sie gehört damit zu der Gruppe der sogenannten Repats: Während viele Nationen mit einer plötzlichen Öffnung den Verlust gut ausgebildeter Arbeitskräfte fürchten müssen, bringen die Heimkehrer Knowhow mit zurück. Sandra Min etwa hat in den USA studiert und dort schon bei einer Bank gearbeitet. Sie steht für eine Einwanderergruppe, die Mut für die Zukunft Myanmars macht.

7. DIE POLITIKER: Wahlkampf per Seilzug

„Wir wollen es unseren Mitarbeitern erleichtern, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Daher bleibt unser Geschäft am Sonntag, 8. November 2015, geschlossen“, hingen in einem der Einkaufszentren in den beiden Tagen vor den Wahlen Infozettel an den Kassen und Ausgängen. Die mehrstöckigen Konsumtempel sind in den vergangenen Jahren als Zeichen wirtschaftlichen Wandels an vielen Orten in Yangon aus dem Boden geschossen und öffnen seitdem tagtäglich selbst an Feiertagen, nicht aber an dem historischen Wahltag. Beinahe alle Geschäfte und Restaurants in Yangon und im ganzen Land haben ähnliche Aushänge an ihre geschlossenen Türen geklebt. Nachdem die meisten Wähler ihren Urnengang schon am Morgen erledigt haben und sich die Schlangen vor den Wahlcafés auflösen, liegt die Stadt ruhig wie nie.

In den breiten Hauptstraßen in der Altstadt erinnern die riesigen Parteiposter auf den Werbewänden an den lebendigen Straßenwahlkampf der vergangenen Wochen; in den schmalen Seitenstraßen baumeln vereinzelt wie als Erinnerung an das wichtige Datum verwelkte Flugblätter an langen Schnüren die detailreichen Fassaden herunter. Nur steile verwinkelte Treppengänge führen in den historischen Kolonialbauten in die oberen Etagen und deren Bewohner nutzen Seilzüge, um sich stufenreiche Gänge zum Briefkasten zu ersparen. Am unteren Ende mit einer Klammer oder einem kleinen Plastikbeutel, am oberen Ende oft mit einer Glocke ausgestattet werden meterlange Schnüre die Verbindung zum Postboten.

Kyi Pyar und ihr Ehemann Nyi Nyi Minn gehörten in den vergangenen Wochen zu den Wahlkämpfern, die immer wieder Flugblätter in die Klammern hefteten. Mit den Infozetteln ebenso wie in zahlreichen Gesprächen, erklärten sie den Bürgern das Wahlprozedere. Zu Zeiten der Militärjunta hatten sie auch schon Pamphlete verteilt, damals gegen die Verfassungsänderungen zum Vorteil des Militärs. Nyi Nyi Minn – wie zuvor bereits sein Vater – wurde deswegen für zwei Jahre weggesperrt. Sein politischer Wille ist ungebrochen und er hofft, dass bei diesem Urnengang endlich alles anders wird: Die Wahl soll freier ablaufen, die NLD als Sieger aus ihr hervor-

gehen und damit auch seine Frau Kyi Pyar gewinnen. Sie tritt als Lokalkandidatin für die NLD in Yangon an, genaugenommen in dem Bezirk zwischen der 32. und 40. Straße rund um die goldene Sule Pagode, wo sonst die Vogelfrauen und Wahrsager auf abergläubische Kunden warten.

„Es lief alles weitgehend fair und sehr friedlich ab“, beschreibt Kyi Pyar die Abläufe in den Wahlcafés in ihrem Bezirk. „Aber das Problem sind nach wie vor die Wählerlisten.“ Diese sind ihr genau wie den nationalen und internationalen Beobachtern, die erstmals nicht nur formell zugelassen, sondern sogar erwünscht sind, neben der Verfassung ein Dorn im Auge. Die Wahlregister sind digitalisiert worden und dabei wurden alte Pannen offenbar und neue kamen hinzu: Manche Namen tauchen doppelt auf und viele fehlen ganz. Plakate, Werbespots und Bürgerbewegungen riefen Wähler seit Monaten auf, die Listen und ihre Angaben darin zu überprüfen. Wegen solcher Beschwerden musste die Nationale Wahlkommission (UEC) mehr als fünf Millionen Änderungen vornehmen. Zwar arbeiteten Helfer bis kurz vor dem Wahlgang die Einsprüche ab, dennoch bleiben die Listen lückenhaft. Genau beziffern können Beobachter die Anzahl nicht, gehen laut Nachrichtenagentur Reuters aber von bis zu vier Millionen Burmesen aus, deren Namen es nicht auf die Listen geschafft haben. Das entspräche etwa 10 Prozent der knapp 35 Millionen Wahlberechtigten.

Das lade zu Fälschungen geradezu ein, moniert Lokalpolitikerin Kyi Pyar und nennt ein Beispiel aus ihrem Bezirk: Ein dreistöckiges Gebäude sei als fünfstöckig registriert, sodass man fiktive Bewohner einfach in die Liste schummeln könne, um einer Partei unrechtmäßig eine zusätzliche Stimme zu verschaffen. Die Schwachstelle im System wird perfekt mit den Wählerkarten: Auf den kleinen, quadratischen Zetteln sind die jeweiligen Personendaten handschriftlich einzutragen – Fehlanzeige für Siegel, Logo, Spezialpapier oder was auch immer möglichen Puschern ein Hindernis sein könnte. Selbst mit dem schlechtesten Kopierer lassen sich die Papierchen ohne Probleme fälschen. „In vielen Wahlbüros haben sie nur die Wählerkarten, nicht aber die Ausweise dazu kontrolliert“, kritisiert Kyi Pyar.

EU-Beobachter loben die Wahlen noch am Sonntag als „ziemlich verlässlich“. Es sei erst ein vorläufiger Eindruck, aber die zuvor erwarteten Probleme mit Wählerlisten und Identifizierung hätten sich als weniger gravierend erwiesen als gedacht, teilte der Chef der EU-Wahlbeobachter, Alexander Graf Lambsdorff mit. „Dennoch gibt es Fehler und Mängel.“

Politikerin Kyi Pyar unterbricht ihre Erzählungen, als der kleine Fernseher im Hintergrund Bilder von einem schwarzen Van in einer drängenden Masse aus hunderten Menschen zeigt. Nicht mal im Schrittempo kommt das Fahrzeug voran, als die Kamera auf das hintere Seitenfenster zoomt und das Antlitz von Aung San Suu Kyi zeigt – Bilder, die an dem Tag häufig wiederholt

werden. Als Kyi Pyars Parteichefin am Morgen gegen 9.30 Uhr an ihrem Wahlbüro ankam, erwarteten Fans wie Journalisten sie schon seit Stunden und drängten sich um das dunkle Fahrzeug. Fotografen und Kameraleute waren mit langen Objektiven auf wackelige Zäune geklettert und hielten die Ausrüstung jetzt im Anschlag auf die prominenteste Persönlichkeit des Landes. Zwar ist diese eine Frau, doch gleichberechtigt sind Frauen in Myanmar nicht – vor allem in der Politik. Ein paar Zahlen von dem Gender Equality Network: In der aktuellen Regierung sind nur zwei von 36 Ministerposten von Frauen besetzt; mit nicht mal 5 Prozent sind sie in der Regierung grundsätzlich unterrepräsentiert und mit 168 Frauen schickt die NLD 2015 die meisten weiblichen Kandidaten ins Rennen. Eine von ihnen ist Kyi Pyar.

Die entschlossene Frau hat sich für den großen Tag traditionell im Longyi, dem landestypischen Wickelrock, und einer passenden hochgeschlossenen Bluse in der Parteifarbe Rot gekleidet. Auf ihrer Brust springt die goldene Brosche eines kämpfenden Pfaus ins Auge, das Symbol der Partei. Sollte Kyi Pyar genügend Stimmen erhalten, will sie in ihrem Wahlbezirk für einen besseren Lebensstandard der Einwohner kämpfen und sie zählt die Missstände auf: der Müll auf den Straßen, die unzureichende Ausbildung von Kindern und Lehrern, die unzuverlässigen Stromleitungen und so weiter.

Kyi Pyar ist in ihrem Tatendrang beispielhaft für eine neue Generation von Politikern, die den ersehnten Wandel aktiv mitgestalten will und in der Parlamentswahl nun endlich eine Chance sieht. Zu dieser gehört auch Thet Tun. In Dawei, knapp 300 Kilometer südöstlich von Yangon, ist er gleichzeitig Mitgründer und Spitzenkandidat der lokalen Partei Democratic Nationalities Party (DNP), für die er seinen Beruf als wissenschaftlicher Leiter einer internationalen Organisation in Yangon inklusive seines Gehalts zeitweise aufgegeben hat und auf eigene Kosten Wahlkampf betreibt. „Ich unterstütze Aung San Suu Kyi grundsätzlich“, sagte er einige Tage vor der Wahl im Interview. Aber aus Yangon und der Hauptstadt Naypyidaw kümmere man sich nicht um die Sorgen in seiner Heimatstadt und deren Umgebung. Solche Bedenken – in Dawei und vielen anderen Regionen – erklären die hohe Zahl der zugelassenen Parteien: 93 schicken Kandidaten für einen Sitz in einer der beiden Kammern im Nationalparlament oder in der Regionalversammlung ins Rennen. Selbst Experten haben angesichts dieser Vielzahl Probleme, die Menge an Parteilogos und -namen zu differenzieren.

Wie auch Kyi Pyar und ihr Ehemann in Yangon ist Thet Tun in seinem Wahlbezirk mit Pamphleten von Tür zu Tür gezogen. Gut 100.000 potenzielle Wähler zählt sein Bezirk und nach eigenen Angaben habe er knapp 90 Prozent der Haushalte besucht. „Nein, im Fernsehen hatte ich keine Auftritte. Ich habe mich in den vergangenen Wochen den Menschen persönlich vorgestellt und mein Wahlprogramm erklärt“, sagte der Politiker. Anders als

in vollmediatisierten Ländern läuft der Wahlkampf in Myanmar auch über andere Kanäle als die im Fernsehen ab. Vor allem außerhalb der urbanen Zentren, die die nationalen Medien nur bedingt abdecken und Medienangebote in der jeweiligen Minderheitssprache fehlen, hat der Direktkontakt zum Wähler großes Gewicht – ob bei Hausbesuchen, Kundgebungen oder den lebendigen Straßenumzügen. Thet Tun sprach immer wieder über zu teuren und unzuverlässigen Strom, hohe Arbeitslosigkeit und ein Megaprojekt, das unweit von Dawei geplant ist. Bei manchen weckt dieses die Hoffnung auf wirtschaftlichen Aufschwung, bei anderen schürt es vor allem Ängste und Bedenken.

8. Megaprojekt Dawei: Auf der Straße der Träume

Das Megahafenprojekt nördlich von Dawei, der Hauptstadt der Tanintharyi-Region, gibt Myanmar's Ambitionen am Weltmarkt reale Ausmaße – bisher allerdings nur auf dem Reißbrett, denn seit den ersten Ideen im Jahr 2007 zögern Investoren. Friedliche, vermeintlich freie Wahlen sollen die Zweifel potenzieller Geldgeber aus dem Ausland beruhigen. Doch noch erscheint, was mal der Nabel des südostasiatischen Handels werden könnte, als Ende der Welt – in seiner idyllischsten Variante: Zu beiden Seiten erstreckt sich der weiße Sandstrand, in die Weite reicht strahlendblau der Indische Ozean. Die weißen Schaumkronen der Wellen und die Berge im Hintergrund machen das Postkartenmotiv perfekt. Kilometer 0+000 zeigt das große, schmucklose Schild an dem verlassenem Ort an und markiert den Startpunkt für eine Straße, die sich weg von der Küstenlinie schnurgerade durch die Landschaft zieht. Der Bauzeichner hat diese im Plan als mehrspurigen Highway markiert, aber aktuell ist sie eine übergroße Sandschotterpiste.

Thu Yin lenkt sein kleines Motorrad über den rotbraunen Grund und hält kurz nach dem Schild Kilometer 2+000 vor einem hohen Zaun, der eine Ansammlung schicker Gebäude weiträumig abschirmt. Der rot-weiße Fallbaum neben dem Pförtnerhäuschen ist die einzige Unterbrechung zwischen den gleichmäßig aufgereihten Pfählen. „Nein, einen Termin haben wir nicht“, übersetzt Thu Yin für den Mann in Uniform. Aber man habe schon mehrmals Kontakt aufgenommen. Er spricht weiter und schließlich gibt der Pförtner mit einem Seufzer nach, die Schranke hebt sich und im Schrittempo rollt Thu Yin auf das Haupthaus zu. Die Tür zur Ausstellungshalle steht weit offen: Poster präsentieren die Projektpläne und in der Raummitte erscheinen sie als Modelllandschaft in 3D. Übertrügen die Bauherren das Modell irgendwann tatsächlich aus dem Miniaturformat, rückte Myanmar in

die Liga der weltgrößten Hafenbetreiber auf. Die deutsche Gesellschaft für Außenwirtschaft, Germany Trade and Invest (GTAI), spricht von dem vermeintlich ehrgeizigsten Industriezonenprojekt Südostasiens.

Das Projektmarketing preist Dawei als „neues Tor nach Indochina“ an, und in der Tat ist die strategische Lage an der Andamanensee knapp 300 Kilometer westlich von Thailands Hauptstadt bestechend attraktiv: Der geplante Hafen mit einer Autobahn als Direktverbindung zur thailändischen Stadt Kanchanaburi auf halbem Weg nach Bangkok und darüber hinaus in die östlichen Nachbarländer Laos, Kambodscha und Vietnam eröffnet theoretisch einen neuen Handelskorridor. Schiffen würde dieser rund eine Woche Fahrt in unsicherem Seegebiet um den südlichen Zipfel von Malaysia und Singapur ersparen. Industriehäfen wie der thailändische Laem Chabang oder der nächste Tiefseehafen in Singapur würden an den starkfrequentierten Schifffahrtswegen zwischen Südostasien und den westlichen Überseedestinationen zu Nebenschauplätzen degradiert.

Dawei kann Transportzeiten und -kosten dramatisch senken, bestätigt das Wirtschaftsforschungsinstitut für Süd- und Südostasien (ERIA) in einer Studie und prophezeit Myanmar im Gegenzug erhebliche Wachstumszuwächse für den Fall der Projektrealisation. Zu dieser zählen in der Endphase eine Industriezone auf etwa 240 Quadratkilometern, der erwähnte Tiefseehafen mit einer jährlichen Umschlagskapazität von 250 Millionen Tonnen, eine Planstadt für über 300.000 angestellte Einheimische und Einwanderer sowie Anlagen in Petrochemie, Schwerindustrie und Stromerzeugung. Laut der Nachrichtenagentur dpa wäre es einer der zehn größten Häfen der Welt und die größte Industriezone in Südostasien. Sie sollen das als Armenhaus verrufene Land in einen Umschlagplatz des Welthandels verwandeln. Doch auf der Rechnung für diesen Wirtschaftsmotor stehen rund 50 Milliarden US-Dollar – Geld, das ebenso fehlt wie Unternehmer, die die geplante Sonderwirtschaftszone mit geschäftlichem Leben füllen.

Chuladej Chittavi zieht Dawei als Standort für sein Unternehmen immerhin in Erwägung; er ist mit seiner Frau und einem Übersetzer aus Thailand angereist, wo er mit dem Handel von Fisch und Meeresfrüchten Geld macht. Myanmar ist mit seinen im Vergleich zu Thailand weniger überfischtem Bestand ein interessanter Standort für ihn. Ein zweites Dreier-Gespann hat sich aus Japan auf den Weg nach Dawei gemacht: Sie sind in der Sonderwirtschaftszone Thilawa nur rund 25 Kilometer von Yangon bereits vertreten. Die erste Teileröffnung von Thilawa im Sommer 2015 war entschieden von japanischen Interessen und Investitionen getrieben. Laut GTAI stammt die Hälfte der mehr als 40 registrierten ausländischen Firmen in der Zone aus Japan – eine Modelllösung vielleicht auch für das Megaprojekt Dawei. Von dem Standort soll zumindest die angereisten Japaner nun eine Visite vor Ort

überzeugen. „Sie haben Glück, dass Sie heute hier sind. Das ist eine gute Gelegenheit, die nicht oft vorkommt“, sagt eine Assistentin der angereisten Journalistin und bittet durch eine Seitentür in den großen, abgedunkelten Präsentationssaal.

Zwischen den langen Tischreihen der beiden Besuchertrios haben vor Kopf zwei projektleitende Ingenieure der verantwortlichen Baufirma Italian-Thai Development (ITD) Platz genommen. Für die wenigen Leute hätte es auch ein kleiner Besprechungsraum getan, doch stattdessen unterhält man sich über viele leere Stühle und Tische hinweg per Mikrofon, leichter überwindbare Lücken als die in der Projektplanung. Detaillierte Karten, bunte Schaubilder und beinahe unlesbar kleine Textzeilen begleiten auf der Projektionsfläche die englischsprachigen Ausführungen von ITD-Ingenieur Suphap Sathatham. Sein Arbeitgeber ist beinahe von Beginn an in Dawei involviert und hat die insgesamt 60-jährige Projektlizenz im Jahr 2009 mit der Erschließung des Areals begonnen. „Italian“ im Firmennamen führt den auf eine falsche Fährte, der eine Verbindung nach Europa vermutet. ITD ist vollständig in thailändischer Hand und nach eigenen Angaben das größte Bauunternehmen Thailands, wenn es um Infrastrukturprojekte geht.

An einem Schaubild erklärt Suphap Sathatham die Eigentümerstrukturen hinter dem Mammutvorhaben: Die nationale Regierung steht mit 40-prozentiger Beteiligung hinter dem Management der Dawei Sonderwirtschaftszone (Special Economic Zone, DSEZ). Mit jeweils 30 Prozent sind Thailand und seit Juli 2015 auch Japan als Anteilseigner vertreten. Die zuletzt zugesagte Geldspritze dürfte das Projekt nun endlich ins Rollen bringen, mutmaßen neben anderen die Wirtschaftsexperten von GTAI, und Suphap Sathatham bestätigt das. Er erzählt seinen Gästen von vier jeweils zweijährigen Bauphasen, von denen die erste planmäßig in Gang sei. Dennoch ziehen die angereisten Unternehmer den ambitionierten Fahrplan mit kritischen Fragen in Zweifel: Hat denn schon eine Firma ihr Engagement in der Zone zugesagt? Wie ist die Stromversorgung geregelt? Und ist die nötige Infrastruktur ansonsten sichergestellt? Wer ist für die Müllbeseitigung verantwortlich? Die Fragen spielen auf die unterentwickelte Infrastruktur an, der sich Unternehmer wie Ingenieure in Dawei stellen müssen und die in je nach Region unterschiedlichem Ausmaß im ganzen Land Investitionen hemmt.

In Dawei sollen auf dem geplanten Industriebetrieb 100.000 Arbeitsplätze entstehen, doch woher kommen die Arbeitnehmer? „Myanmar verfügt über eine beachtliche Arbeitskraft. Doch viele wandern ins Ausland ab, gerade ins benachbarte Thailand“, beantwortet Suphap Sathatham die Frage. „Mit dem richtigen Ausbildungsangebot können wir Personalengpässe also leicht und kurzfristig bedienen.“ Tatsächlich ist die Zahl der Arbeitsflüchtlinge gerade ins benachbarte und weiter entwickelte Thailand signifikant; sie wird je

nach Hochrechnung mal auf zwei, mal auf sechs Millionen geschätzt. Verlässlicher sind die Angaben zu den neun offiziellen Flüchtlingslagern entlang der Grenze, die wohl nur einen Bruchteil der deutlich höheren, schwer schätzbaren Gesamtzahl darstellen: Laut UNHCR, dem Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen, leben dort rund 150.000 ausgewanderte Burmesen.

Auch Thu Yin beziffert den Abfluss der Arbeitssuchenden aus seiner Heimatregion: „Jede Familie hier hat mindestens einen Sohn, einen Cousin oder einen Enkel, der in Thailand arbeiten muss, weil er hier keine berufliche Perspektive hat.“ Die 63-jährige Daw Tin Sein hat zwei Söhne, die der Arbeitslosigkeit erst im Nachbarland entkommen sind und gelegentlich Geld schicken. Sie lebt in dem Dorf Mudu an der Straße zwischen Dawei und der geplanten Industriezone, wo sie gerade getrocknete Halme Reisgras zu Bündeln bindet. Neben ihr kritzelt ein Enkelkind in einem Schulheft, im Hintergrund sitzen junge Männer im Halbkreis ihrer Motorräder zusammen. Landwirtschaft, vor allem Reis- und Kautschukanbau, sowie Fischerei sind die wesentlichen, aber oft nicht ausreichenden Einkommensquellen für die Bevölkerung in der Taninthary-Region. „Wenn der Hafen endlich seinen Betrieb aufnimmt, ist die nächste Generation vielleicht nicht gezwungen abzuwandern. Meine Enkel könnten hier und nicht erst weit weg in Thailand oder Yangon Arbeit finden“, sagt die Frau. „Doch ich warte schon seit Jahren auf die Umsiedlung. Ich weiß nicht, ob ich das noch erleben werde.“

In dem für die Industriezone vorgesehenen Gebiet leben rund 43.000 Menschen, die von dessen Umsetzung direkt betroffen sind. Beobachtern zufolge droht rund 24 Dörfern mit insgesamt etwa 25.000 Bewohnern die Umsiedlung. Bereits weitgehend fertiggestellt ist die Plansiedlung Bawah für 480 Familien, wo im Tausch für deren traditionelle Holzhäuser auf Stelzen Einheitsbauten in Weiß mit grünem Wellblechdach in den Größen S (128 Quadratmeter), M und L (192 Quadratmeter) warten. In Kombination mit buddhistischem Tempel, Grundschule und Gesundheitszentrum versprechen die Betreiber einen verbesserten Lebensstandard, doch noch ist die Siedlung unbewohnt. Immerhin eine Markthalle unweit der Firmenzentrale haben Händler bereits bezogen und füllen sie wenn auch kaum mit Leben, immerhin schon mal mit Waren.

Auch an diesem Mittag bleibt der Großteil der Plastikstühlchen an den Essensständen leer. Die wenigen Kunden haben selbst einen Stand in der Halle und lassen für die Mahlzeit ihre Waren allein, denn schließlich rechnen sie mit Kunden in der abgelegenen Region nur selten. Neben Stapeln akkurat gefalteter Longyi, den traditionellen Wickelröcken, döst eine Frau im Wind eines Ventilators, ein Hund findet ausgestreckt auf dem glatten Betonboden etwas Abkühlung von der Hitze, und Thu Yin lässt sich von einer Köchin ein nasses Tuch aus einem Kühlschranks reichen und legt es sich in den Na-

cken. Er befürwortete das Hafenprojekt grundsätzlich und habe sich sogar mal für eine Verwaltungsstelle beworben. Aber mit den 150.000 Kyat (etwa 100 Euro) Monatsgehalt hätte er sich finanziell verschlechtert. „So viel benötige ich allein, um meinem Sohn das Architektur-Studium in Yangon zu finanzieren“, sagt er und fügt hinzu: „Ein Thailänder, der für den gleichen Job hier her zieht, bekommt ein Vielfaches.“ Die DSEZ bestätigt die ungleiche Bezahlung von Expats und Einheimischen später, unter anderem mit Verweis auf die unterschiedlichen Mindestlöhne in den Ländern. Nach einem Geschichtsstudium und einem Zertifikat in Englisch baut Thu Yain stattdessen Cashewnüsse an, und wenn nach der Regenzeit Touristen in die Region reisen, organisiert er ihre Touren.

Während Thu Yain das Potenzial in dem Megaprojekt sieht und Anwohnerin Daw Tin Sein ihre Umsiedlung nicht abwarten kann, begleiten entscheidend auch kritische Stimmen und negative Schlagzeilen die Umsiedlungspläne der Betreiber. Ko Zaw ist einer der Gründer der Dawei Development Association (DDA), eine Bürgerrechtsbewegung, die sich seit Projektbeginn für die Interessen der Region gegenüber Regierung und Betreiber einsetzt. „Die lokale Bevölkerung wurde nicht adäquat informiert und ihre Interessen bei der Projektplanung ignoriert“, kritisiert Ko Zaw bei einem Interview in seinem Büro in Yangon. Dort arbeitet er eigentlich, reist aber regelmäßig zurück in seine Heimat im Süden, um gegen drohende Umweltverschmutzung, unrechtmäßige Enteignungen und Umsiedlungen ohne angemessene Kompensation aktiv zu werden. „Wir fordern die beteiligten Regierungen auf, diese Missstände anzugehen, bevor sie das Projekt fortführen“, sagt Ko Zaw. Mit ihren Anschuldigungen und Forderungen bekommt die DDA Zustimmung und Unterstützung von Nichtregierungs-Organisationen aus dem In- und Ausland. Über die Aufmerksamkeit internationaler Medien erhöhen sie den Druck und ihre Mahnungen verklingen nicht ungehört.

Ob die DDA so auch die Pläne zur Energieversorgung in der SEZ mit beeinflusst hat, bleibt offen. Ein anfangs vorgesehene Kohlekraftwerk ließ bei den Bürgerrechtlern auf jeden Fall die Alarmglocken schrillen, Umweltverschmutzung an dem landschaftlich einzigartigen Küstenstreifen sei vorprogrammiert. Zudem wäre diese Lösung angesichts der riesigen Gasvorkommen sozusagen direkt vor der Haustür eine geradezu ironische. Optimistische Einschätzungen vergleichen die Gasreserven vor Myanmar's Küste mit denen vor Brasilien und schätzen den Öl- und Gassektor für die kommenden Jahre als den Wachstumsfaktor ein. Auf den Informationspostern in der Ausstellungshalle sind die Angaben zum Kohlekraftwerk mittlerweile einfach überklebt, und auf Nachfrage erklärt Projektingenieur Suphap Sathatham übereinstimmend mit einer Mitteilung des niederländischen Öl- und Gasriesen Shell, dass jetzt eine Gasanlage für Dawei geplant sei.

Ein möglicher Regierungswechsel nach den Wahlen stelle das gesamte Projekt nicht in Frage, so der thailändische Ingenieur. „Wir müssen nichts befürchten, denn schließlich halten wir uns an alle Gesetze. Im Gegenteil: Wenn die Wahlen gut laufen und sogar ein Regierungswechsel möglich ist, spricht das nur für Myanmar als Standort. Das Land hat sich in vielen Bereichen gewandelt und die Wahlen können der formale Beleg dafür werden.“ Der mögliche Investor aus Thailand Chuladej Chittavi bestätigt das nur. „Bevor die Wahlen nicht über die Bühne sind, werde ich nicht investieren“, sagt er nach der Präsentation auf Nachfrage und betont mit einem gehobenen Daumen und breitem Grinsen, dass er Fan von Aung San Suu Kyi sei. Dann folgt er seinem Gastgeber zum Essen in einen großzügigen Pavillonbau, in dem erneut zahlreiche leere Stühle die Kluft zwischen Wollen und Sein des Megahafenprojekts andeuten.

Thu Yin fährt zurück Richtung Dawei – über den geplanten Highway, der noch eine rutschige Sandpiste mit tiefen Schlaglöchern ist. Der Fahrtwind weht die Seiten seines offenen Hemds nach hinten und offenbart ein großes Bild auf dem T-Shirt darunter. Dem Betrachter rollen über eine mehrspurige Asphaltbahn drei junge Männer auf Skateboards entgegen; darunter klafft der Schriftzug „On the Road to Dreams“, zu Deutsch: „Auf der Straße der Träume“.

9. Das Ergebnis: Eine gute Nachricht in der Auslandsberichterstattung

Während die Stadt am Montagvormittag nach dem historischen Urnengang wieder in ihrem emsigen Rhythmus vorangeht, geht das Klatschen vor der NLD-Zentrale noch immer im Takt der Parteimusik. „NLD“, dröhnt es aus den Lautsprechern im Takt des populären Songs. „... wird gewinnen“, schallt die Liedzeile aus der Menge zurück. Seitdem die Wahlcafés geschlossen hatten, belagerte eine rote Masse die Zentrale und stimmte immer wieder das Lied an. Im Gleichklang wehen die roten Fahnen mit dem Partei-*logo*: der goldene, kämpfende Pfau, der zu einem fünfzackigen Stern strebt.

Bereits am Abend hatten die ersten der landesweit rund 40.000 Wahlbüros ihre Auszählungen beendet, jedes eine Mehrheit der NLD verkündet und damit die Hoffnung der Anhänger mit inoffiziellen Fakten gefüttert. Die ersten offiziellen Ergebnisse lassen an diesem Montag auf sich warten, denn es kam zu Verzögerungen bei der Nationalen Wahlkommission (UEC). Doch in dem Moment viel wichtiger für die NLD-Anhänger, zeigt sich endlich die Lady, wie üblich in traditioneller Kleidung und mit Blumen im Haar scheint auch sie siegessicher. „Es ist noch zu früh, um unseren Kandidaten zu gratulieren, aber ich denke, wir haben alle schon eine Ahnung, wie das Ergeb-

nis ausfallen wird“, spricht Aung San Suu Kyi in das Mikrofon zwei Etagen über der feiernden Masse.

Ein mehrstöckiger Rohbau direkt neben dem eigenen Gebäude dient der Partei als Plattform für ihre Ansprachen. Die Kulisse ist eine geradezu ironisch provisorische Notlösung für den historischen Anlass und das immense Medienaufkommen auch aus dem Ausland. Myanmar ist in diesen Tagen nicht bloß ein weltpolitischer Randschauplatz, sondern endlich mal wieder eine gute Nachricht im Fluss der Negativschlagzeilen internationaler Berichterstattung. Positive Geschichten zu Demokratisierungsbewegungen sind selten, seitdem der Arabische Frühling vielerorts in neue Diktatur oder Gewalt umgeschlagen ist. In Europa bescheren Wirtschafts- und sogenannte Flüchtlingskrise rechten Gruppierungen Zulauf. Kaum Anzeichen deuten auf einen Wandel in Autokratien wie Russland oder China hin, vielmehr scheinen Repressionen und Herrschaftswillkür zuzunehmen. Ein Gegenbeispiel zu diesem Trend zur Unfreiheit könnte nun ein unterentwickeltes Land mittlerer Größe in Südostasien werden. Vor der Parteizentrale jagen die Journalisten nach den Bildern zu der guten Nachricht.

Der Menschenansturm verstopft die Hauptstraße direkt vor dem Gebäude. Busse, Taxen und Lkw, die keine Umgehung gefunden haben, ziehen im Schnecken tempo eine Schneise durch die rote Menge. „Das sind die kleinen Schikanen der Regierung“, schüttelt eine Frau den Kopf und mutmaßt: „Wäre der Auflauf vor der Zentrale der Regierungspartei, wäre alles ordnungsgemäß abgesperrt.“ Statt mit Umleitungsschildern oder Absperrband behelfen sich die NLD-Anhänger mit Menschenketten, nehmen sich an ausgestreckten Armen an die Hände, um den Fahrzeugen den Weg zu bereiten. Verärgert ist niemand, im Gegenteil: Aus einem Bus machen Kloster-Novizen in weinroten Gewändern Fotos von den NLD-Anhängern in knallroter Parteifarbe. Vorbei an einem der Smartphones reicht ein Mann einem Mädchen einen Ballon mit Partei-Logo durch das Fenster in den Bus. Wenn ein Fahrer aufmunternd hupt oder eine stolze Faust hebt, erwidern die Umstehenden seine Geste als Spiegelbild.

Erst als plötzlich Regen einsetzt, löst sich das Gewimmel etwas auf. Unter Schirmen drängen sich kleine Gruppen zusammen, und einige versuchen den Wassermassen in einem nahegelegenen Einkaufszentrum zu entkommen. Der Vergleich zu einer Dusche mag einen Platzregen in Großbritannien, der ehemaligen Kolonialmacht und europäischen Regen-Nation Nummer 1, beschreiben. In Myanmar gleicht ein Schauer eher einem Wasserfall, der die Straße vor der NLD-Zentrale in wenigen Minuten in einen kleinen Bach verwandelt. Ein Fernsehjournalist wickelt eine Jacke dick um seine Kamera und geht mit seitlichen Schritten an NLD-Anhängern vorbei, die sich einfach nicht vertreiben lassen – auf dem Bildschirm später das Sym-

bolbild für ihr Durchhaltevermögen an diesem Tag, an dem Wochenende oder in den vergangenen Jahrzehnten.

Mit den Regenwolken verziehen sich am frühen Abend die letzten Zweifel. Die UEC verkündet in einer TV-Live-Übertragung endlich die ersten offiziellen Ergebnisse, detailliert aufgeteilt nach Staaten und Divisionen. Jeden weiteren Stimmzugewinn bejubeln die Roten wie das entscheidende Final-Tor in einer Fußball-Weltmeisterschaft, und mit jeder Zahl, die sich auf der Leinwand in die Statistik reiht, bestätigt sich, was Aung San Suu Kyi schon am Vormittag angedeutet hatte: Ihre Partei schafft die absolute Mehrheit – mit letztlich 77 Prozent der Stimmen, also mit genau 10 Prozent deutlich mehr als mindestens für die Mehrheit im Parlament nötig gewesen wäre.

Die beiden Parlamentskammern und das Militär werden im März 2016, gut vier Monate nach der Wahl, über einen neuen Präsidenten entscheiden. Was bis dahin und danach geschieht, bleibt abzuwarten. Demokratisierung ist kein gradliniger Prozess oder wie die Lady sagt: „In der Politik ist alles möglich.“ Wirtschaftliches Wachstum, wie es die neue wie die alte Regierung anstreben wird, darf demokratische Errungenschaften nicht ersetzen.

10. Abflug: Im Schlingerkurs

Die Frau kniet vor der mächtigen goldenen Sule Pagode im Herzen von Yangon neben einem großen Korb voller panisch flügelschlagender Kanarienvogelchen. Aus der Hocke blickt sie zu einem jungen Paar auf. Er zahlt, nimmt ein Tierchen in die Hand und entlockt seiner Begleitung mit wenigen Worten ein gerührtes Lächeln – vielleicht eine rosige Gefühlsbekundung, vielleicht ein herzliches Versprechen, vielleicht ein zuversichtlicher Blick in die Zukunft. Er öffnet die Faust und der Vogel bleibt reglos auf der ausgestreckten Hand sitzen. Die Gefangenschaft hat das Tierchen geschwächt, und die unfreiwillige Reise in die Metropole brachte es ans Ende seiner Kräfte.

Der Brauch mit den Glücksvögeln in Myanmar ist ein trügerischer und bestenfalls auf den ersten Blick eine gute Tat: Um einen Vogel freizulassen, muss dieser zunächst gefangen werden. In welche Richtung und ob überhaupt er danach abhebt, ist ungewiss.

Mit einer vorsichtigen Bewegung zwingt der junge Mann das Vögelchen auf seiner Hand aus der Starre und wirft es mit leichtem Schwung einige Zentimeter in die Höhe. Es öffnet die Flügel und hebt ungleichmäßig flatternd im Schlingerkurs Richtung Horizont ab.